

# Demographie

Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V. (DGD)  
Jahrgang 3, Ausgabe Nr. 6 (Oktober 2004)

## Editorial

Liebe Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Demographie,

als neu gewählte Präsidentin unserer Gesellschaft möchte ich mich an dieser Stelle, denn dies ist die erste Ausgabe der DGD-Mitteilungen, die in Verantwortung des im März auf der Jahreshauptversammlung neu gewählten Vorstands erscheint, ganz herzlich - auch im Namen des gesamten Vorstands - für das damit ausgesprochene Vertrauen bedanken.

Personelle Veränderungen bringen häufig auch inhaltliche Schwerpunktverschiebungen mit sich. Das betrifft weniger die Arbeitsthemen und/oder die Inhalte der Veröffentlichungen. Schließlich sind die bevölkerungswissenschaftlichen Themen und demographischen Methoden nicht unerschöpflich. Ich wünsche mir vielmehr, dass wir - und damit meine ich alle Mitglieder der DGD - im Rahmen unserer Veranstaltungen, aber auch in der Öffentlichkeit häufiger und durchaus auch „lauter“ das Wort ergreifen, wenn demographische Themen zur Diskussion stehen.

Lassen Sie mich mit den DGD - Veranstaltungen anfangen. In unserer Gesellschaft meine ich zu häufig „vornehme Zurückhaltung“ wahrzunehmen, wo ein offener und deutlicher (Diskussions-) Beitrag nötig wäre. Vorträge, die gehalten, aber nicht kontrovers diskutiert werden, Beiträge, die publiziert, aber nicht kritisch kommentiert werden, werden intern, oft aber leider auch in der Öffentlichkeit als „Verkündung der Wahrheit“ angesehen und zum Teil auch als solche vermarktet.

Insbesondere die öffentliche Debatte und die Beiträge in den Medien über demographische Themen scheinen mir manchmal zu stark von Nicht-Demographen dominiert und in der Darstellung zu wenig fundiert zu sein. Gerade an der Stelle vermisse ich häufig klärende Wortmeldungen von Expertinnen und Experten aus unserer Gesellschaft.

Zu einer lebendigen wissenschaftlichen Gesellschaft gehört die argumentative Auseinandersetzung, zu einer wissenschaftlichen Disziplin gehört der produktive Streit als Motor des Fortschritts. Zu unserem Selbstverständnis sollte gehören, dass wir als einzige Fachgesellschaft auf dem Gebiet der Demographie auch die öffentliche Diskussion tragen und wissenschaftlich - versachlichend voranbringen. Es kann nicht nur die Aufgabe der Präsidentin und der Vorstandsmitglieder sein, solche Stellungnahmen abzugeben, zumal ich nicht glaube, dass es eine einheitliche DGD - Meinung in allen bevölkerungswissenschaftlichen Fragen gibt, die es zu verkünden gilt. Da sollten die Mitglieder stärker als bisher sich zu Wort melden.

Um hier einen Anfang zu machen, haben wir in der vorliegenden neuen Ausgabe der DGD-Mitteilungen als erstes Beispiel eine Kontroverse abgedruckt, die Kritik von Prof. Bosbach an Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung, insbesondere an denen des Statistischen Bundesamtes, sowie die Entgegnung des Amtes. Sehen Sie diese Beiträge nicht (nur) als Dokumentation, sondern als Anregung zu einer Weiterführung dieser Diskussion an.

Ebenfalls gedacht als Anstoß einer Debatte ist der Beitrag von Wolfgang Weiß (Universität Greifswald) zum Thema: „1,855 Kinder, Demographie zwischen Quantenmechanik und Relativitäts-



Die DGD gedenkt  
ihrem verstorbenem Mitglied  
Prof. Dr. Felix Büchel

theorie“. Wir sind gespannt auf Ihre Beiträge und werden Ihnen auf unserer Homepage und/oder in den DGD-Mitteilungen ein Diskussionsforum bieten.

Ich bin überzeugt davon, dass dies sowohl unserer Gesellschaft, als auch unserem Fachgebiet zu Gute käme.

Ihre Präsidentin

## Inhaltsverzeichnis

Thema	Seite
Laudatio zur Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Prof. Dr. Karl Schwarz	2
Unsere Jahrestagung in Bielefeld	3
<i>Prof. Dr. Heinz Grohmann, Kronberg</i> Alterssicherung im Wechsel der Generationen	3
<i>Prof. Dr. Udo Steiner</i> Generationenfolge und Grundgesetz	3
<i>Prof. Dr. Paul Gans</i> <i>Dipl.-Geogr. Ansgar Schmitz-Veltin</i> Demographischer Wandel in ländlichen Gemeinden: Szenarien zu kleinräumigen Auswirkungen der demographischen Entwicklung	4
Weitere Beiträge zur Jahrestagung	4
Neuer DGD-Vorstand wurde gewählt	13
Neue Mitglieder in der DGD	14
<i>Dr. Wolfgang Weiß</i> 1,855 Kinder Demographie zwischen Quantenmechanik und Relativitätstheorie?	15
<i>Prof. Dr. Herwig Birg</i> Die neue soziale Frage: demographisch bedingter Verteilungsstress	17
Nie mehr nach Bethlehem Nächste Volkszählung voraussichtlich 2009 oder 2011	19
Zur Diskussion gestellt	
<i>Prof. Dr. Gerd Bosbach</i> Demografische Entwicklung - kein Anlass zur Dramatik	21
Was sagt das Statistische Bundesamt zur Kritik von Bosbach an der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung?	25
Ausgewählte Pressemitteilungen des Statistischen Bundesamtes	26
Termine	27
Impressum	27

## Laudatio zur Verleihung der Ehrenmitgliedschaft

### Prof. Dr. Karl Schwarz wird Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Demographie

Karl Schwarz wurde am 17. September 1917 in Ludwigshafen geboren.

Von 1947 bis 1949 studierte er Wirtschaftswissenschaften an der Universität Mainz – sein später Studienbeginn im Alter von 30 Jahren war bedingt durch Arbeitsdienst und Wehrdienst sowie Kriegsgefangenschaft, seine Biographie ist also typisch für viele Männer seiner Generation, soweit sie überhaupt überlebten.

1954 promovierte er zum Dr. rer. pol. mit dem Thema „Die Sterblichkeit in Deutschland in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg“.

1950 begann er seine berufliche Laufbahn als Hauptreferent für Bevölkerungsstatistik beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz in Bad Ems, von wo er 1953 zum Statistischen Bundesamt nach Wiesbaden wechselte. Er war dort Referent, Gruppenleiter und schließlich ab 1968 Abteilungsleiter mit der Zuständigkeit für die Bevölkerungsstatistik, die Erwerbstätigkeitsstatistik, die Statistik des Wohnungswesens und die allgemeine Auslandsstatistik; zeitweilig auch für die Bildungs-, Rechtspflege-, Wahl-, Gesundheits- und Sozialleistungsstatistik. Von 1966 bis 1979 war er Vertreter des Bundeswahlleiters, davor Leiter des Büros des Bundeswahlleiters und der Wahlkreiskommission.

1979 wurde er zum Direktor und Professor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden ernannt; dieses Amt hatte er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1982 inne. In diesen drei Jahren führt er die regelmäßigen Berichte zur demographischen Lage in Deutschland ein, und das BiB bringt die „BiB-Mitteilungen“ als Informationsblatt für einen erweiterten Leserkreis heraus.

Im Zusammenhang mit seiner hauptberuflichen Tätigkeit war er in zahlreichen Gremien vertreten, so als Vertreter der Bundesregierung im Ausschuss für Bevölkerungsstudien des Europarates in Straßburg und in dieser Funktion Vorsitzender des Organisationsausschusses für die Europäische Bevölkerungskonferenz des Europarates in Straßburg 1982, die er auch leitete und damit im Jahre seiner Verabschiedung aus dem aktiven Dienst einen Höhepunkt seiner Karriere setzen konnte. Er war ferner Mitglied der Wahlkreiskommission, des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim BMJFFG und Ordentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover.

Seine reichen beruflichen Erfahrungen gab er als wissenschaftlicher Lehrer an den akademischen Nachwuchs weiter, und zwar von 1980 bis 1995 als Lehrbeauftragter an der Universität Mainz und von 1982 bis 1986 an der Universität Bamberg, dort ab 1985 als Professor für Bevölkerungswissenschaft.

Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch mit ausländischen Kollegen war ihm ein großes Anliegen; insbesondere pflegte und intensivierte er den regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den Kollegen des französischen Institut National d'Etudes Demographiques, kurz INED in Paris durch jährliche gemeinsame Arbeitstagen in Frankreich und Deutschland. Mit dessen damaligem Direktor Gérard Calot verband ihn eine enge Freundschaft. Seine französischen Kollegen richteten für ihn 1982 anlässlich eines Arbeitstreffens eine großartige Abschiedsparty aus.

Mit diesen Kontakten und durch seine Mitgliedschaft im intermini-



steriellen Arbeitskreis „Bevölkerungsfragen“ beeinflusste er maßgeblich das Zustandekommen deutsch-französischer Arbeitstreffen auf Ministerialebene. Im soeben genannten interministeriellen Arbeitskreis „Bevölkerungsfragen“ war er wesentlich an der Abfassung des ersten und zweiten Teils des Bevölkerungsberichtes der Bundesregierung, die 1980 bzw. 1984 erschienen, beteiligt.

Bereits 1955 – wenige Jahre nach ihrer Gründung – wurde Karl Schwarz Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, die er wesentlich mit geprägt hat. Er war zwei Mal deren 1. Vorsitzender, nämlich von 1976 bis 1985 und von 1991 bis 1994, insgesamt also 12 Jahre lang. Nach meiner Einschätzung hat kein anderer so lange in diesem Amt gedient. Auch heute noch nimmt er regen Anteil am Geschick „seiner“ Gesellschaft – durch eigene Rede- oder Diskussionsbeiträge und durch seine Teilnahme an ihren Tagungen. Und bis heute finden Sie neue Veröffentlichungen von ihm.

Die Zahl seiner Veröffentlichungen ist nahezu Legion, ich habe mir deshalb erspart, sie zu zählen oder gar aufzuzählen. Ihre Thematik umfaßt das gesamte Spektrum demographischer Arbeitsfelder, zeigt also sein weit gespanntes Interessenfeld, in dem er sich betätigt hat. Es gibt offenbar für ihn kein Thema, das ihn nicht reizt und dem er nicht mit der ihm eigenen Gründlichkeit auf den Grund geht. Dabei zeigt er auch noch keine Neigung, sich ganz in den wohlverdienten Ruhestand zurückzuziehen, seine Produktivität reicht bis in sein hohes Alter, schließlich zählt er bereits 87 Lebensjahre, und er weilt zu meiner Freude heute unter uns! Bei all dieser Produktivität in seinem Fachgebiet frönt er keineswegs der Einseitigkeit: wer sich mit ihm unterhält, erfährt von Städtereisen, bei denen er sich zu Geschichte, Architektur und Kunst kundig macht ebenso wie von seinem regen Interesse am politischen Geschehen.

Karl Schwarz führt uns lebendig vor Augen, dass auch in hohem Alter geistige Regsamkeit möglich ist; er zeigt uns, dass ein Altern bei gutem körperlichen und geistigen Wohlbefinden möglich ist, wie es verkürzt die WHO als Ziel formuliert hat. Er verdankt dies zum einen einer guten genetischen Ausstattung – seine Mutter wurde über 100 Jahre alt –, zumindest aber auch seiner unermüdlichen Schaffenskraft und seinem Willen, nicht in Untätigkeit zu verfallen und das Interesse an seiner Umwelt zu bewahren. Ich wünsche ihm, dass ihm dies noch lange erhalten bleibt.

Unsere Satzung sieht vor, dass Sie in geheimer Abstimmung über die Ernennung zum Ehrenmitglied an Persönlichkeiten entscheiden, die sich um die Demographie besonders verdient gemacht haben. Diese Voraussetzung erfüllt Karl Schwarz nach meiner Überzeugung in hervorragender Weise. Ich empfehle Ihnen deshalb, ihn zum Ehrenmitglied unserer Gesellschaft zu ernennen.

*Dr. Johannes Otto, Wehrheim*

## Neueste Daten zur Bevölkerung weltweit

Den DSW-Datenreport 2004 können Sie bestellen (Schutzgebühr: 1,50 Euro) bei:

Deutsche Stiftung  
Weltbevölkerung  
Göttinger Chaussee 115  
D-30459 Hannover

Telefon: +49 (0) 511 9 43 73-0  
Fax: +49 (0) 511 2 34 50 51  
E-mail: [info@dsw-hannover.de](mailto:info@dsw-hannover.de)

Den Report finden  
Sie auch im Internet unter  
[www.weltbevoelkerung.de](http://www.weltbevoelkerung.de)



# Unsere Jahrestagung in Bielefeld

## „Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft“

Die Deutsche Gesellschaft für Demographie (DGD) führte im Jahr 2004 ihre Jahrestagung am 4. und 5. März in den Räumen der Universität Bielefeld unter dem oben genannten Thema durch. Im Folgenden werden die Zusammenfassungen der gehaltenen Vorträge vorgestellt, die der Redaktion dieser Mitteilungen zur Verfügung gestellt wurden. Eine Publikation der Hauptvorträge ist geplant.

Nachdem der Präsident der DGD, Herr Prof. Dr. Herwig Birg, die Tagung eröffnete, der Rektor der Universität Bielefeld, Herr Prof. Dr. Dieter Timmermann, und der Dekan der Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Herr Prof. Dr. Klaus Hurrelmann, die Anwesenden begrüßte, legte Herr Prof. Dr. Heinz Grohmann mit seinem Vortrag eine einführende Grundlage für unsere Tagung:

### Alterssicherung im Wechsel der Generationen

Die Behandlung von Problemen der Alterssicherung verlangt einen weiten Analysehorizont. Selbst weit zurückliegende Vorgänge begrenzen die Freiheit der Entscheidungen, und deren Wirkungen reichen weit in die Zukunft hinein. In solchen Zeiträumen wechseln ganze Generationen einander ab.

Im ersten Teil des Vortrags werden die relevanten demographischen Zusammenhänge anhand einer stationären und einer stabilen Bevölkerung aufgezeigt, im zweiten anhand der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung zwischen 1951 und 2050. An der Entwicklung des Altenquotienten wird das historische Ausmaß des demographischen Alterungsprozesses sichtbar: Bis in die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein lag er deutlich unter 40. Danach begann der unaufhaltsame Anstieg. In gut 10 Jahren dürfte der „stationäre Normwert“ von 50 überschritten werden, und nach 2020 geht es rasch auf über 70 hinauf, ohne dass später auf eine Entlastung zu hoffen ist - wenn es bei der derzeitigen Geburtenhäufigkeit bleibt.

Dies alles war schon vor 25 Jahren absehbar. Vorausrechnungen aus jener Zeit belegen das und zeigen zugleich, dass die wesentliche Ursache der dramatischen Alterung der Gesellschaft im seither unverändert niedrigen Geburtenniveau liegt. Die Entwicklung der Sterblichkeit verstärkt nur die Bedrohung für die Alterssicherung, Migration schwächt sie ab.

Eine Reihe sozioökonomischer Faktoren, insbesondere die Erwerbsbeteiligung, kann die rein demographisch bedingten Alterssicherungsprobleme abschwächen oder verstärken. Vorausrechnungen, die auch das einbeziehen, werden vor allem genutzt, um die Auswirkungen von Verhaltensänderungen und politischen Entscheidungen abzuschätzen.

Im dritten Teil des Vortrags werden drei derzeit nebeneinander lebende Generationen unterschieden, die unter sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ihre Sozialisationsphase durchlebt haben, woraus sehr unterschiedliche alterssicherungsrelevante Verhaltensweisen und Folgen für die Alterssicherung resultierten.

Im vierten Teil werden - darauf aufbauend - die aktuellen Zukunftsperspektiven und Reformideen der Alterssicherung dargestellt und diskutiert. Da sich die demographischen Rahmenbedingungen bis 2030 nur noch marginal verändern lassen, liegt das Hauptproblem der Zukunft beim Arbeitsmarkt. Dieser hat viel zu lange von der demographisch günstigen Situation der Rentenversicherung profitiert (Stichwort: Frühverrentung). Künftig sollte er höhere Erwerbsquoten, besonders im Vorrentenalter, ermöglichen, was allerdings vorrangig eine wirtschaftspolitische Aufgabe ist.

Ziel der gegenwärtigen Alterssicherungspolitik ist zunächst die Erhaltung des derzeitigen Rentensystems. Das liegt vor allem im Interesse der älteren Generation. Es wird aber nur möglich, wenn

es sich mit der Bereitschaft verbindet, das Rentenniveau abzusenken. Dies wiederum geschieht insbesondere durch eine begrenzte Förderung privater Eigenvorsorge (Riesterrente), Veränderung der Rentenformel und Heraufsetzung des Renteneintrittsalters. Dem ist für die nächsten ein oder zwei Jahrzehnte auch wenig entgegenzusetzen. Es ist vor allem im Interesse der mittleren Generation. Auf längere Sicht degeneriert das System so aber zu einer Grundsicherung, für die die Bereitschaft zur Beitragszahlung schwinden dürfte. So wird - auch im Hinblick auf die weltweite Mobilität von Kapital und Arbeit - ein weitgehender Übergang zur kapitalgedeckten Eigenvorsorge mehr erzwungen als gewollt werden. Sie liegt - aus heutiger Sicht - wohl vor allem im Interesse der jüngeren Generation. Diese sollte aber auch die erheblichen Risiken und die dann zu erwartende Ungleichheit der Alterseinkommen nicht unterschätzen.

*Prof. Dr. Heinz Grohmann, Kronberg*

### Generationenfolge und Grundgesetz

Das Grundgesetz kennt den Begriff der „Generationen“ allein im Zusammenhang mit dem Umweltschutz (Art. 20 a GG). Die generative Zukunft des Staatsvolkes hat es vor allem im Blick, wenn es in Art. 6 Abs. 1 Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt. Diese Schutznorm hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) auf mehreren Wegen stark gemacht. Ehe und Familie gelten als ein Unterhalts- und Unterstützungsverband, der auch die Folgen der demographischen Entwicklung für die öffentlichen Hilffsysteme mildert. Die Entscheidungen zur Besteuerung der Familie in den 90er Jahren gehören zu den prominentesten Judikaten des BVerfG. Das 2002 ergangene sog. Familienurteil zur Pflegeversicherung von 1994 ist eine Antwort auf den Gesetzgeber, der noch Mitte der 1990er Jahre sich so verhalten hat, als gebe es kein demographisches Problem. Die Forderung nach Generationengerechtigkeit ist außer Streit, die Folgerungen aus dieser Forderung dagegen nicht. Generationen- und Jahrgangsgerechtigkeit in einem Sozialversicherungssystem herzustellen ist primär Sache des Gesetzgebers. „Gleichheit in der Zeit“ kann das BVerfG nicht mit verfassungsrechtlichen Mitteln sichern. Das Grundgesetz enthält kein allgemeines Mandat zum Lastenausgleich durch Richterrecht. Man sollte auch niemanden ermutigen, das Prinzip der Generationengerechtigkeit im Wege der Verfassungsänderung in das Grundgesetz aufzunehmen. Da der Begriff juristisch nur begrenzt operationalisierbar ist, müsste ihn das BVerfG mehr oder weniger dezisiv besetzen. Der Gesetzgeber ist gefordert und nicht das Verfassungsgericht, mag auch mancher im lobbyfreien Raum eines Verfassungsgerichts mehr Generationengerechtigkeit erwarten als im politischen Raum, in dem sich angeblich Generationenegoismus effektiver entfalten kann. Wir brauchen in Deutschland im Augenblick aber nicht mehr Rechtsprechung und auch nicht mehr Drohung mit Rechtsprechung, sondern mehr politische Gestaltung. Dies gilt auch für die Antwort auf das demographische Problem.

*Prof. Dr. Udo Steiner, Richter des Bundesverfassungsgerichts*

## **Demographischer Wandel in ländlichen Gemeinden: Szenarien zu kleinräumigen Auswirkungen der demographischen Entwicklung**

Alle Bevölkerungsvorausberechnungen für die Bundesrepublik Deutschland erwarten für die kommenden Jahrzehnte sinkende Einwohnerzahlen. Diese Schrumpfung wird regional wie zeitlich sehr unterschiedlich ausfallen, so dass bis 2020 nicht generell von rückläufigen Bevölkerungszahlen ausgegangen werden kann. Es wird sowohl Agglomerationsräume als auch ländlich geprägte Gebiete mit positiven wie negativen Trends geben. Für die zukünftige regionale Bevölkerungsentwicklung und die damit verbundenen Konsequenzen wird weniger die Siedlungsstruktur entscheidend sein, als vielmehr die wirtschaftliche Basis, die anzutreffenden institutionellen Rahmenbedingungen, die Verkehrsanbindung, die Nähe zu Metropolen, die landschaftliche Attraktivität oder der Wohn- und Freizeitwert. Innerhalb von Regionen wird es in Gemeinden, in Wohnvierteln und in Wohngebieten ein kleinräumiges Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung geben.

Die Konsequenzen des Bevölkerungsrückgangs in ländlichen Gebieten sind dabei von besonderem Interesse, da die geringe Bevölkerungsdichte hier bereits in der Vergangenheit zu einem Abbau von Versorgungseinrichtungen und damit zu einer Verringerung der Versorgungsqualität der Bewohner geführt hat. Immer mehr ländliche Räume und Siedlungen stehen daher vor generellen Tragfähigkeitsproblemen. Dabei stellen nicht nur der Rückgang der Bevölkerung, sondern auch die damit verbundenen altersstrukturellen Veränderungen neue Herausforderungen an kleine Orte und Gemeindeteile. Der langsam fortschreitende quantitative Erosionsprozess bei gleichzeitig qualitativen Verschiebungen führt zu differenzierten Problemlagen und fordert neue Strategien, vor allem in Bezug auf die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Grundversorgung.

Differenzierte Entwicklungen finden jedoch keineswegs nur zwischen verschiedenen ländlichen Siedlungen statt, sondern auch innerhalb der Gemeinden werden sich Unterschiede aufgrund des Baualters der Gebäude sowie des *ageing in place* bei hohen Eigentumsquoten ergeben. Während einige Wohngebiete weiterhin Bevölkerungszuwächse erwarten können, wird es andere Bereiche geben, in denen zunehmend Probleme entstehen.

Zukünftig wird die Entwicklung ländlicher Gemeinden durch eine zunehmende Differenzierung gekennzeichnet sein, die sich auch in einer fortschreitenden Diversifizierung innerhalb der Orte äußert. Unterschiedlichen Wohngebieten stehen aufgrund der altersstrukturellen Zusammensetzungen abweichende Entwicklungen bevor. Dabei werden vor allem homogene Dorferweiterungen der 1960er bis 1980er Jahre als Folge der Suburbanisierung zu den Problemgebieten von morgen. Eine weitergehende Neubautätigkeit wird die Probleme in vielen Fällen noch verstärken, sofern an der herkömmlichen baulichen Gestaltung von Einfamilienhäusern festgehalten wird. Dagegen hätten andere Wohnformen, betreute Eigentums- oder Mietwohnungen, aber auch spezielle Senioreneinrichtungen, auch im ländlichen Raum eine Perspektive.

*Prof. Dr. Paul Gans und Dipl.-Geogr. Ansgar Schmitz-Veltin, Universität Mannheim*

Weitere einführende Vorträge wurden von Herrn  
Dr. Jürgen Borchert, Landessozialgericht Darmstadt,  
zum Thema

**„Wie Juristen Flüsse bergauf fließen lassen – zur Semantik der Familienpolitik und ihre Folgen für das Recht“**

und von

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, ifo Institut für Wirtschaftsforschung  
München, zum Thema

**„Rente nach der Kinderzahl“**  
gehalten.

Weitere Beiträge, die im Ergebnis des  
Call for Papers ausgewählt  
oder in den Veranstaltungen  
der Arbeitskreise präsentiert wurden

## **Workforce ageing and economic productivity: the role of supply and demand of labour. An application to Austria**

Der demographischen Alterung kommt zur Zeit in den Wirtschaftswissenschaften hohe Aufmerksamkeit zu. Insbesondere werden dabei die Auswirkungen der Alterung auf die Nachhaltigkeit von Sozialversicherungssystemen wie z.B. die Pensions- und Krankenversicherung sowie Pflegeleistungen untersucht. Der Tatsache, dass sich die Alterung auch auf die Anzahl und die Altersstruktur der Erwerbstätigen auswirkt, wird zumeist nur sehr wenig Beachtung geschenkt. Diese Veränderungen sind jedoch von großer Bedeutung, da sie die Produktivität und Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft unmittelbar beeinflussen.

Der zu erwartende zahlenmäßige Rückgang von Arbeitskräften lässt sich durch eine sukzessive Erhöhung der altersspezifischen Beschäftigungsquoten bis über das Jahr 2050 hinaus vermeiden. Dazu sind gar keine unrealistisch hohen Erwerbsquoten erforderlich, vielmehr genügt schon ein Aufholen auf Beschäftigungsniveaus wie sie schon heute in einigen skandinavischen Ländern üblich sind. Ein Nebeneffekt dieser Maßnahme ist, dass dadurch das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen noch stärker ansteigt, als das schon bei gleichbleibenden Beschäftigungsquoten der Fall wäre. Das Ziel unserer Arbeit liegt darin, die Sensitivität der zukünftigen Produktivität – wir orientieren uns dabei in erster Linie am output pro Arbeiter – in bezug auf das Angebot an Arbeitskräften sowie unterschiedliche Annahmen über die Substituierbarkeit von Arbeitskräften verschiedener Altersgruppen zu analysieren.

Unsere Simulationsergebnisse zeigen einen deutlich ausgeprägten Einfluss des Grades der Substituierbarkeit auf die relative Produktivität. Insbesondere kann man zeigen, dass in einer reinen Arbeitsökonomie – d.h. der Einfluss des Produktionsfaktors Kapital wird vernachlässigt – die Annahme einer nicht perfekten Substituierbarkeit unterschiedlicher Altersgruppen zu einer steigenden relativen Produktivität während der nächsten Jahrzehnte führt. Dieses Ergebnis steht im Kontrast zur konstanten bzw. abnehmenden relativen Produktivität, die aus der oft angewandten additiven Produktionsfunktion resultiert. In unseren Simulationen untersuchen wir unterschiedliche altersspezifische Produktivitätsprofile. Bei abnehmender bzw. konkaver Produktivität zeigt sich ein Zielkonflikt zwischen höherer Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer und einer hohen Produktivität.

*A. Prskawetz und T. Fent, Institut für Demographie  
Österreichische Akademie der Wissenschaften*

## **Die demographischen Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs Deutschlands**

In Deutschland werden seit 1970 im Mittel nur noch 1,4 Kinder pro Frau geboren – benötigt würden für eine bestandserhaltende Bevölkerungsentwicklung 2,1 Kinder pro Frau. Demzufolge fehlen seit 1970 ein Drittel der Kinder – die nachwachsenden Kinderjahrgänge sind jeweils nur zwei Drittel der 30 Jahre älteren Jahrgänge ihrer Eltern. Die um 1965 geborenen Frauen (und Männer) bleiben bereits zu einem Drittel kinderlos und man muss davon ausgehen, dass der Anteil lebenslang Kinderloser bei den jüngeren Jahrgängen noch weiter zunehmen wird.

Durch den Kindermangel fehlen nun im Bereich der jungen Erwerbstätigen bereits in den 10 Jahrgängen der 23- bis 33-Jährigen jeweils 350.000 Menschen, also insgesamt 3,5 Millionen junge Erwerbstätige, die in die umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme

steme einzahlen und selbst kaum Leistungen beanspruchen. Gleichzeitig steigt die Zahl der alten Menschen an, wodurch die Ausgabenseite nach oben getrieben wird.

Die m.E. demographisch verursachte Arbeitslosigkeit und das Fehlen der jungen Erwachsenen sind die Ursachen unserer Wirtschaftszession und der finanziellen Überforderung der sozialen Sicherungssysteme. Dabei befinden wir uns erst am Beginn unserer demographisch bedingten Probleme. In den nächsten 30 Jahren wird sich die Erwerbsbevölkerung im Durchschnitt jährlich um 1,5% verringern, die Zahl der alten Menschen wird gleichzeitig jährlich um 1% ansteigen. Demzufolge steigt die Belastung für uns und unsere Kinder 30 Jahre lang durchschnittlich jährlich um dramatische 2,5%. Der Altenquotient steigt bis 2035 von 0,4 auf 1 Rentner pro Erwerbstätigen, was die Wirtschaftskraft unserer Kinder überfordern wird. Dabei muss man bedenken, es geht hierbei nicht allein um die Rentenzahlungen, sondern auch um die hohen Krankheits- und Pflegekosten alter Menschen, die durch die zunehmende Lebenserwartung von etwa 6 Jahren noch zusätzlich anwachsen werden. Auch die gesetzliche Krankenversicherung ist zu etwa 70% umlagefinanziert, auch dort subventionieren die jungen Beitragszahler die hohen Kosten ihrer alten Eltern. Deshalb treten die demographisch bedingten Finanzierungsprobleme in allen Zweigen der Sozialversicherung gleichzeitig auf.

Kinderlose konsumieren heute im Verlauf ihres gesamten Lebens mehr als sie selbst insgesamt erwirtschaftet haben, weil sie durch unsere Sozialen Sicherungssysteme beschenkt werden. Diese grobe Ungerechtigkeit würde zukünftig unsere Kinder und Enkel ausbeuten und muss deshalb schleunigst beendet werden.

Der Rückgang der Geburtenrate um 1970 hatte zunächst zu keinen wirtschaftlichen Nachteilen geführt, im Gegenteil: Wenn ein Land, so wie Deutschland um 1970, ausgehend von einer bestandserhaltenden Geburtenrate plötzlich ein Drittel weniger Geburten hat, dann wächst der Wohlstand zunächst sogar schneller. Das Land spart die Kosten für die nicht geborenen Kinder und ein größerer Teil der jungen Erwachsenen kann erwerbstätig sein. Erst nach 25 Jahren, in unserem Fall war dies 1995, kommt es zu massiven wirtschaftlichen Problemen, wenn der Geburtenrückgang zum Rückgang der jungen Erwerbstätigen wird.

Hält unser Kindermangel weiter an, so werden wir unausweichlich unseren Wohlstand verlieren: Die Wirtschaftsleistung eines Landes wird bestimmt durch die 3 Faktoren Arbeit, Wissen und Kapital. Wir verlieren durch unseren Kindermangel nun jährlich 350.000 junge Erwerbstätige, d.h. der Faktor Arbeit nimmt ab. Gleichzeitig fallen wir im Wissenszuwachs zurück, weil neues kreatives Wissen in den Köpfen der jungen Leute entsteht. Schließlich verlieren wir an Kapital, weil die wohlhabenden Leute schon lange spüren, dass in unserem Land aufgrund seines Kindermangels keine hohen Renditen mehr zu erzielen sind. Wir verlieren deshalb in allen drei Faktoren. Nur durch eine Erhöhung der Geburtenrate können wir den bereits begonnen Wohlstandsverlust aufhalten, der ansonsten die Generationen unserer Kinder und Enkel voll treffen wird.

*Prof. Dr. Hermann Adrian, Universität Mainz*

### **Verfassungspolitische Lösungsansätze zur Überwindung der demographischen Alterung aus der Sicht des Wirtschaftssystems der Natur**

Nach einer Einführung (Gegenstand, Ziele, Vorgehensweise) wird im ersten Teil die Hypothese begründet, dass es in der Natur ein funktionierendes Wirtschaftssystem gibt, dessen Grundlage nicht der bloße Tausch von Gütern und Dienstleistungen sondern ein nicht sichtbares aber messbares Geldäquivalent ist: die Energie. Es wird exemplarisch erläutert, dass und wie Naturphänomene als Märkte mit Angebot, Nachfrage und Preisspezifikation beschrieben werden können und wie hierbei der Preis, den der Käufer entrichtet, auf den Anbieter des Produktes bzw. der Dienstleistung transferiert wird. Es werden Eigenschaften dieses Wirtschaftssystems

benannt, die Dualstruktur seiner Märkte, sein Finanzierungssystem. Ergebnis ist, dass wir menschliche Wesen sowohl dem natürlichen Wirtschaftssystem als auch dem Wirtschaftssystem des Staates unterworfen sind, in dem wir leben. Dem ersteren können wir nicht enttrinnen, dem letzteren über Wanderungen schon.

Im zweiten Teil werden diese beiden Wirtschaftssysteme miteinander verglichen (Eckwerte der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Ziel- bzw. Nutzenfunktion, Wert von Geld und Geldäquivalent, etc.), die verflochten sind und deren Nebeneinander nicht konfliktfrei ist. Ergebnis ist, dass das Wirtschaftssystem der Natur das Überlegene ist, es hat die überlegene Zielfunktion, sein Geldäquivalent hat einen realen Wert und nicht einen (per Gesetz, Verordnung, Beschluss) zugeteilten Wert, und es kennt keinen Abfall. Ergebnis sind ferner andere Erklärungsmuster für Überbevölkerung, für das Aussterben von Arten, Wanderungen und die demographische Alterung. Die Analyse der politischen Gründe hierfür ergibt im Kern die Hypothese, dass der soziale Rechtsstaat für sich, seine Institutionen, seine Gruppen und Individuen - aufgrund einer in Unkenntnis irrtümlich in Anspruch genommenen Freiheit - Rechte definiert und implementiert, die (auf Dauer) nicht in Einklang mit Naturgesetzen stehen. Die letzteren lassen sich jedoch nicht außer Kraft setzen, und sie wirken beobachtbar und nachhaltig zurück. Einige Reibungsstellen zwischen diesen Systemen werden anhand des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland benannt. In einem Szenario werden Lösungsansätze zur Rückführung dieser Reibungsstellen zur Diskussion gestellt.

*Prof. Dr. Helmut Maier,  
Fachhochschule für Wirtschaft Berlin*

### **Auswirkungen des demografischen Alltags auf Kaufverhalten und Markenbindung**

Die bundesdeutsche Bevölkerung altert im demografischen Sinne seit Beginn der 1970er Jahre. Für Markenartikler und Industrie entwickeln sich hieraus neue Aufgaben: Die Zielgruppe der sog. „Best Ager“ (Alter 50-70 Jahre), eine Bevölkerungsgruppe mit derzeit überproportional verfügbarem Einkommen, wird mittelfristig ökonomisch attraktiver und markenrelevanter.

Die Werbung fokussiert sich dabei immer noch im Schwerpunkt auf die Altersgruppe der Personen (25-39 Jahre), die als besonders attraktiv („mitten im Leben stehend“) und kaufkräftig empfunden wird. Tatsächlich nimmt diese Altersgruppe aber ab 2005 unter dem indizierten Start-Level von 1970 (letzter geburtenstarker Jahrgang) ab, während die Altersgruppe der Personen (50-70 Jahre) immer weiter gegenüber 1970 ansteigen wird. Die Konsequenz ist, dass das GAP zwischen der Kommunikationszielgruppe der Werbeindustrie (Personen 25-39 Jahre), und der tatsächlichen relevanten Käufersegmente, insbesondere der Personen (50-70 Jahre) immer größer wird. In den nächsten Jahren muss sich folglich die Werbung deutlich in der Zielgruppensprache verändern, auch wenn diese Altersgruppe aus Werbeagentursicht weniger attraktiv erscheinen mag und letztlich auch noch zu wenig über das Markenbindungsverhalten bei Best Ager bekannt ist.

Um bzgl. Markenbindung und Kaufverhalten hinreichende Hinweise zu erhalten, sind zusätzliche Datenanalysen notwendig, die langfristige Zeitreihen (u.a. Altersstrukturveränderungen, sozio-ökonomische Faktoren) zulassen. Grundlagen hierfür sind das GfK-Handelspanel (seit 1955), das Nielsen Homescan Consumer Panel (seit 1984) sowie die Verbraucheranalyse der Axel Springer AG (seit 1982).

Für die Produktkategorien Mineralwasser, Frauenzeitschriften und Bier konnten exemplarisch demografisch bedingte Effekte für die Dekade 1992 – 2003 aufgezeigt und auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung Simulationen berechnet werden. Tatsächlich gibt es in den ausgewählten Produktkategorien gravierende Altersunterschiede im Verwendungsverhalten: Während Zeitschriften wie AMICA, JOY, Cosmopolitan im Schwerpunkt von jüngeren Frauen gelesen werden bzw. Volvic, Vittel etc. bzw. RTD's wie

Smirnoff Ice, Bacardi Rigo u.a. von Jugendlichen getrunken werden, haben Marken wie Staatlich Fachingen, Neue Post, Goldenes Blatt (derzeit) eindeutig eine ältere Klientel. Dies gilt im Prinzip auch für die meisten Bier-Marken. Einzige Ausnahme bildet hierbei die Marke Beck's, die sich seit 2000 deutlich in der Verwenderschaft verjüngen konnte (während eine Marke wie Warsteiner seit 1982 extrem „gealtert“ ist!).

Würden die aktuellen Altersverteilungen der jeweiligen Markenverwender entsprechend einer Prävalenz-Verteilung konstant gehalten werden, so würde sich dieser Periodeneffekt naturgemäß sehr unterschiedlich auf die zukünftige Marktentwicklung auswirken: Für die Marke Beck's (mit einer „Urnenverteilung“ in der Altersstruktur seiner Verwender) würden die Marktanteile konstant bis 2030 bleiben, für eine Marke wie Staatlich Fachingen (mit „Atompilzverteilung“ in der Altersstruktur) würde die Markenentwicklung mittelfristig suboptimal verlaufen. Auch der ausschließliche Kohorteneffekt einer weit verbreiteten Marketing-Annahme, dass Marken geburtsjahrgangbezogen zu führen sind, würde einer Marke wie Staatlich Fachingen nicht helfen, und die Existenz sogar nachhaltig bedrohen. Für eine Marke wie Beck's könnte dagegen ein Kohorteneffekt langfristiges Wachstum im Markt bedeuten.

Demografische Effekte werden folglich in naher Zukunft einschneidende Wirkungen im Markt bzgl. Markenbindung und Kaufverhalten verursachen. Für eine erfolgversprechende Markenführung wird es zunehmend wichtiger werden, demografisches Know How zu besitzen (oder einzukaufen). Dabei wird der demografische Faktor stets nur eine Variable bilden, zumal Altersstrukturverteilung und deren Entwicklung stark von der aktuellen und zukünftigen Werbung beeinflussbar ist.

*Dr. Uwe Lebok, Dr. Elmar Haimerl,  
Konzept & Analyse AG, Nürnberg*

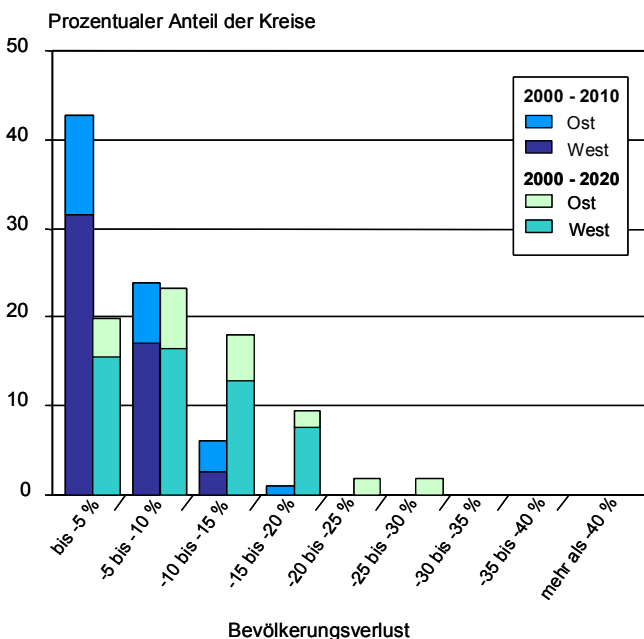
### Folgen der demographischen Veränderungen für die kommunale Wohnungs- und Siedlungsentwicklung

Bislang waren in den westdeutschen Regionen die Zuwächse des Wohnungsbestandes und der Siedlungsfläche insbesondere durch Bevölkerungswachstum und eine zunehmende Anzahl von Privat-

haushalten initiiert worden. So stand zum Beispiel in westdeutschen Bundesländern im Zeitraum 1997 bis 2001 einem Bevölkerungswachstum von 0,9 % ein Siedlungs- und Verkehrsflächenwachstum von 4,0 % gegenüber. Die ostdeutschen Regionen stellen jedoch den bislang gültigen Zusammenhang, dass Bevölkerungswachstum auch Siedlungsflächenwachstum auslöst, total in Frage. In den ostdeutschen Regionen stand im gleichen Zeitraum einem Bevölkerungsrückgang von 2,1 % ein höheres Siedlungs- und Verkehrsflächenwachstum als in den wachsenden westdeutschen Regionen gegenüber. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche war trotz Schrumpfung innerhalb von vier Jahren um 6,3 % gestiegen. Ausgehend von dieser Erfahrung stellt sich die Frage, welche Auswirkungen Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung auf die Wohnungsbestands- und Siedlungsentwicklung zukünftig haben werden? Zur Beantwortung dieser Fragen können die betroffenen Kommunen selbst Wohnungsnachfrageprognosen erstellen, um eine gewisse Grundorientierung für die Folgen der demographischen Veränderungen sichtbar machen zu können.

Die anhand der beiden Städte Dresden und Wismar vorgestellten Wohnungsnachfrageprognosen lassen trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen zur erwarteten Bevölkerungsentwicklung ähnliche Trends der zukünftigen Wohnungsnutzung und Siedlungsentwicklung erkennen. Die Hansestadt Wismar rechnet in ihrem integrierten Stadtentwicklungskonzept bis 2015 mit einem Bevölkerungsrückgang von 15,4 % und einer sinkenden Anzahl von Privathaushalten in der Höhe von 9,8 %. Trotz rückläufiger Anzahl der Haushalte ist in Wismar bis 2015 mit einer zusätzlichen Nachfrage von ca. 1 050 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern gegenüber 2001 zu rechnen. Auf der anderen Seite wird im gleichen Zeitraum eine rückläufige Nachfrage von ca. 6 000 Wohnungen in den Mehrfamilienhäusern Wismars erwartet. Davon werden rund 5 000 der zukünftig nicht mehr nachgefragten Wohnungen in den industriell errichteten Wohngebieten liegen, wodurch sich der Leerstand in diesen Wohngebieten von 12,2 % im Jahr 2001 bis auf 50,3 % im Jahr 2015 erhöhen würde. Eine ähnliche Entwicklung wird auch in den Plattenbaugebieten der Stadt Dresden erwartet, obwohl die Stadt Dresden in ihrer Bevölkerungsprognose von einem Einwohnerwachstum bis 2015 von 1,2 % ausgeht. Diese Einwohnerentwicklung würde eine steigende Anzahl der Privat-

### Kreisfreie Städte



### Landkreise

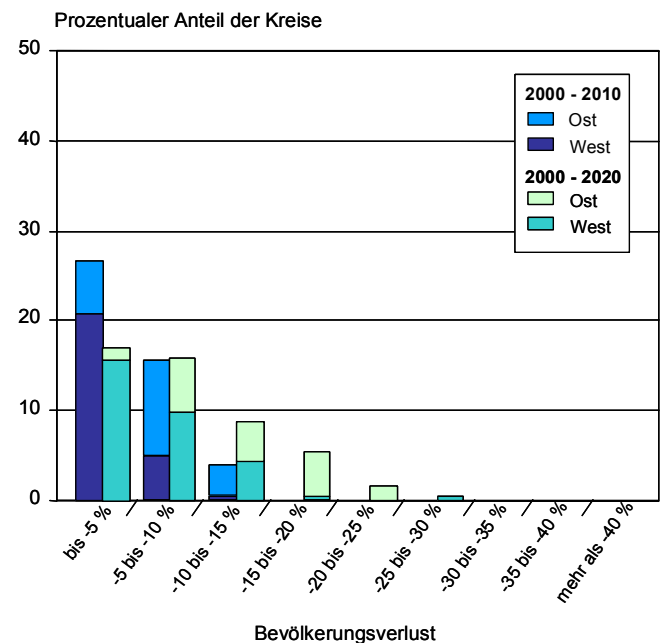


Abb. 1: Anteil der kreisfreien Städte und Landkreise mit Bevölkerungsverlusten (Quelle: Berechnungen IÖR, Datenbasis: INKAR-PRO, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)

haushalte von 7,7 % ergeben.

Die Wohnungsnachfrageprognose des IÖR für Dresden lässt erkennen, dass weiterhin mit einer relativ hohen Nachfrage nach Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern zu rechnen ist. Diese könnte bis 2015 bei ca. 8 300 Wohnungen liegen. Auch in Dresden ergibt sich parallel zur Nachfrageentwicklung nach qualitativ hochwertigen Wohnungen ein Nachfragerückgang in den Plattenbaugebieten. Der erwartete Wohnungsleerstand in diesen Gebieten würde sich nach unseren Prognosen bis 2015 gegenüber 2001 ungefähr verdoppeln. Das bedeutet für diese Wohngebiete bei einem ausbleibenden Rückbau einen Anstieg der Wohnungsleerstansquote von rund 14 % im Jahr 2001 auf rund 28 % im Jahr 2015.

Auch die Bevölkerungsprognose 2020 des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung weist für rund 73 % der kreisfreien Städte Bevölkerungsverluste aus. Dabei wird die Dynamik der Verluste weiter zunehmen. Für die Landkreise gilt im Wesentlichen die gleiche Tendenz (Abb. 1). Zusätzlich wird bei den Landkreisen jedoch der Anteil der Kreise, die Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen, steigen. So werden im Jahr 2020 bereits 50 % der Landkreise mit einer geringeren Einwohnerzahl als im Jahr 2000 rechnen müssen. Für die heute durch Wachstum gekennzeichneten Kreise wird sich nach dieser Prognose der Wachstumsprozess hingegen eher weiter fortsetzen.

Insgesamt sollte zur Kenntnis genommen werden, dass das Phänomen der Bevölkerungsschrumpfung und eine sinkende Zahl nachfragender Haushalte für immer mehr Städte und Kreise zur Zukunftsperspektive werden wird. Dabei sollte insbesondere untersucht werden, welche Nutzungschancen die Wohnungsbestände haben, die heute insbesondere durch ältere Mieter bewohnt werden. Auch in schrumpfenden Regionen wird sich das Siedlungsflächenwachstum weiter fortsetzen, jedoch in einer abgeschwächten Form. Parallel dazu wird in zunehmend mehr Städten und Kreisen mit ungenutzten Wohnungen und Gebäuden zu rechnen sein, für die Umbau- und Abrisskonzepte frühzeitig entwickelt werden sollten.

Irene Iwanow

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. (IÖR)

## Demographische Alterung und Bevölkerungsschrumpfung: Ein spezifisches Problem der ostdeutschen Regionen

Die demographische Entwicklung wird sich in den Regionen Deutschlands auch in Zukunft sehr unterschiedlich gestalten. Verantwortlich dafür sind regionale Unterschiede in der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung, wie in der Altersstruktur der schon heute lebenden Bevölkerung. Das zentrale Anliegen dieses Beitrages ist es, die Auswirkungen dieses regional differenzierten demographischen Wandels für ausgewählte regionale Strukturen darzustellen, die sich durch eine starke Abhängigkeit von demographischen Potenzialen und Strukturen auszeichnen. Auf die Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsprognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) wurden dabei jeweils aktuelle altersspezifische Verhaltens- oder Strukturindikatoren unverändert auf die Prognosewerte von 2020 übertragen (vgl. Tabelle).

Die auf diesem Wege quantifizierbaren Unterschiede zwischen 1999 und 2020 beschreiben die möglichen Wirkungen des demographischen Wandels auf die ausgewählten Bereiche, unabhängig von möglichen Veränderungen anderer Einflussgrößen auf diesen Bereich, die hier konstant gehalten wurden.

Wesentliche Ergebnisse dieser Regionalanalyse sind u.a.:

- Schrumpfungsprozesse der Bevölkerungszahl werden langfristig zur Regel, auch in den westdeutschen Regionen. Wir haben es hier mit einem „demographischen Selbstläufer“ zu tun, der bereits gegenwärtig in der deformierten Altersstruktur der Bevölkerung angelegt ist und durch das flächendeckend niedrige Fertilitätsniveau weiter gestärkt wird.
- Die Alterung der Bevölkerung ist ein Phänomen, das auch die Wachstumsregionen betrifft.
- Allein aufgrund altersstruktureller Veränderungen wird sich die Zahl der Fortzüge und Geburten bis 2020 überdurchschnittlich verringern, insbesondere in den neuen Ländern. Die wenigen Wachstumsregionen bilden hier eher die Ausnahme, als die Regel.

### Wirkungen des demographischen Wandels auf ausgewählte regionale Strukturen, 1999 bis 2020

Extremregionen 1) Alte und neue Länder / Deutschland	Bevölkerungszahl	Durchschnittsalter der Bevölkerung	Zahl der 13- unter 20jährigen	Zahl der Fortzüge 2)	Zahl der Geburten 2)	Zahl vollstationärer Pflegefälle 3)	Leistungsausgaben der GKV 4)	Einkommensteuer 5)	Bedarf an Wohnfläche 6)	Arbeitslosenquote 4)	in %-Punkten
Havelland-Fläming	24,3	12,6	-25	10,1	-3,7	83	15,5	21,0	6,1	5,9	
Ingolstadt	13,2	10,9	-8	6,7	-1,4	61	10,6	14,6	2,3	5,5	
Dortmund	-11,8	8,9	-22	-15,7	-19,3	28	10,5	-14,0	-5,1	-8,1	
Ostthüringen	-18,3	14,9	-52	-34,0	-35,4	49	20,4	-26,0	-5,1	-17,0	
Alte Länder	-0,3	9,6	-13	-5,8	-15,8	34	10,5	-1,5	-7,2	-1,6	
Neue Länder	-2,6	11,3	-39	-14,0	-20,1	52	15,5	-8,2	-15,8	-4,6	
Deutschland	-0,8	10,0	-20	0,0	-16,1	38	11,5	-2,9	-24,3	-2,4	

1) Im Zeitraum 1999 bis 2020 weisen die Regionen Ingolstadt (alte Länder) und Havelland-Fläming (neue Länder) die günstigste Bevölkerungsentwicklung auf. Die Regionen Dortmund (alte Länder) und Ostthüringen (neue Länder) weisen demgegenüber die ungünstigste Entwicklung auf. 2) Bei unterstellter Konstanz der altersspezifischen Fortzugs- bzw. Geburtenziffern bis 2020 3) Bei unterstellter Konstanz der spezifischen Prävalenzraten bis 2020 - Quelle: DIW Berlin / BBR-Bevölkerungsprognose/ ROR 1999-2020, Raumordnungsregionen 4) gesamt (ohne Erwerbsminderungsrente), bei unterstellter Konstanz der altersspezifischen Leistungsausgaben der GKV pro Tag bis 2020 5) Bei unterstellter Konstanz der Einkommensteuer je 20-64jährigen bzw. der Brutto-lohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer bis 2020 6) Bei unterstellter Konstanz des Wohnflächenverbrauchs je Einwohner und einer gleich bleibenden durchschnittlichen Personenzahl je Wohnung (1999: AL=2,22, NL=1,99) bis 2020 7) Entwicklung in %-Punkten, unter der Voraussetzung, dass 50% der Arbeitskräfteangebotsentwicklung direkt auf die Arbeitslosigkeit durchschlagen  
Quelle: BBR-Bevölkerungsprognose/ ROR 1999-2020, Raumordnungsregionen, Eigene Berechnungen

- Demographische Schrumpfs- und Alterungsprozesse bringen z.T. erhebliche relative Kostensteigerungen mit sich.

So können die Kommunen ihre Kosten, z.B. für infrastrukturelle Leistungen, nicht so schnell senken, wie sich die Zahl der Steuerzahler verringert;

- o Zentren müssen überregionale, zentralörtliche Funktionen aufrechterhalten, wodurch die Auslastung sozialer Infrastrukturen (Kindertagesstätten, Kindergärten, Schulen ...) sowie der Betrieb notwendiger technischer Infrastrukturen teurer wird. Im Bereich der Pflege- und Krankenversicherung steigen die spezifischen Betreuungs- und Pflegekosten.
- o Bei gleich bleibender Betreuungsquote (Patienten je Arzt) werden z.B. weniger Ärzte (Allgemeinmediziner, Frauenärzte) gebraucht. Andererseits bringt der Anstieg des Durchschnittsalters künftig sicherlich eine sinkende Betreuungsquote mit sich.
- o Bis 2020 wird sich der Bedarf an Pflegeleistungen bundesweit um 35% erhöhen, überdurchschnittlich stark bei den kostenintensiveren Pflegefällen (vollstationäre Pflege)
- o Diese Bedarfssteigerung wird sowohl Wachstums-, als auch Schrumpfsregionen treffen, die neuen Ländern wesentlich stärker als die alten.
- o Die Regionen mit der günstigsten demographischen Entwicklung (Ingolstadt im Westen, Havelland-Fläming im Osten) weisen die höchsten Zuwachsraten auf.
- o Die personenbezogenen Leistungsausgaben (ohne Erwerbsminderung) der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) werden sich langfristig erhöhen, vor allem in den neuen Ländern.
- Schrumpfsprozesse verändern die Angebots- und Nachfragestrukturen. Sie werden den Standort „Ostdeutschland“ weiter schwächen, aufgrund des forcierten Alterungsprozesses und anhaltender selektiver Abwanderungen in den Westen. Zudem verringert sich die Zahl der Steuerzahler weiter, so dass sich die ostdeutschen Kommunen langfristig auf weiter sinkende Steuereinnahmen einstellen müssen.
- Die demographische Entwicklung bringt in vielen Regionen Deutschlands eine Entlastung der Arbeitsmärkte mit sich. Wenn nur 50% des hier quantifizierten Rückgangs des Arbeitskräfteangebotes direkt auf die Arbeitslosigkeit durchschlagen würden, würde sich die Arbeitslosenquote in den alten Ländern um 1,6%-Punkte und in den neuen Ländern um 4,6%-Punkte verringern. Dieser vorteilhafte Effekt wird allerdings ganz oder teilweise - vor allem in den alten Ländern - von der tendenziell weiter steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen kompensiert.
- Das Durchschnittsalter des Arbeitskräfteangebotes wird sich bis 2020 bundesweit um 3,8 Jahre erhöhen (Neue Länder = 4,9 Jahre). Dies erfordert neue Strategien, um die Innovationsfähigkeit des deutschen Standortes dauerhaft zu sichern.
- Der Bevölkerungsrückgang bringt vor allem in den neuen Ländern einen sinkenden Bedarf an Wohnraum mit sich. Die latenten Probleme des aus dem Gleichgewicht geratenen ostdeutschen Wohnungsmarktes werden durch diese Entwicklung weiter verstärkt.
- Vor allem die Situation in den neuen Ländern zeigt, dass wir Schrumpfsstrategien brauchen. Weitere Gebietsreformen sollten ins Auge gefasst werden, weil die bisherigen ein effizientes Arbeiten der öffentlichen Verwaltung langfristig nicht absichern werden.
- Die regionalen Akteure sollten künftig verstärkt auf regionale

Kooperationen setzen, weil es „kooperationsunwilliger“ Kommunalpolitik – z.B. im Bereich der Standortpolitik – immer schwerer fallen wird, erfolgreich zu sein.

- Solidarische West-Ost-Umverteilungsprozesse bleiben erforderlich, weil sich u. a. die relativen Kostensteigerungen der Schrumpfung gerade auf die noch immer weniger leistungsfähigen ostdeutschen Regionen konzentrieren.

*Dr. Steffen Maretzke*

*Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn*

### **Regional-demographische Aspekte der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) im “Stadtumbau Ost” am Beispiel ausgewählter Städte im Nordosten Deutschlands**

Seit 1990 verlor der Osten Deutschlands etwa 2 Millionen Einwohner. In Überlagerung hoher Geburtendefizite und einer nach wie vor anhaltenden, stark selektiven Abwanderung ist er gleichsam ein Labor für die Bewältigung vieler anstehender Aufgaben bei der erst künftigen Schrumpfung im nationalen Maßstab. Dabei geht es sowohl um die absolute Verringerung der Bevölkerung als auch um Strukturveränderungen, insbesondere hinsichtlich des Alters.

Bereits heute gibt es eine Reihe von Konflikten, die sich z.B. bei der Infrastruktur wohl am deutlichsten in der Wohnungswirtschaft zeigen. War die Region vor 1990 diesbezüglich noch durch verschiedene Defizite gekennzeichnet, so sind seit 1990 etwa 900 000 Wohnungen entstanden und diverse Sanierungen erfolgt. Im Durchschnitt der Städte existiert sowohl infolge Baumaßnahmen als auch durch die Bevölkerungsentwicklung ein Überschuss an Wohnungen von etwa 10 %. In etlichen Städten hat der Leerstand bei anhaltendem Trend längst die Rentabilitätsgrenze von 15 % überschritten; in ausgewählten Städten liegt er über 30 %. Die meisten Leerstände befinden sich in Wohngebieten des industriemäßigen staatlichen Wohnungsbaus der 1970er und 1980er Jahre. Sie sind fast alle Eigentum großer Wohnungsgesellschaften, die aus Genossenschaften hervorgegangen sind oder an denen die jeweilige Stadt 100-prozentiger Gesellschafter ist.

Da u.a. durch die demographische Entwicklung in absehbarer Zeit eine Verschärfung dieser Verhältnisse zu befürchten ist, hatte die Bundesregierung das Projekt “ISEK” aufgelegt – ein als Wettbewerb der ostdeutschen Städte organisiertes Programm, das im Herbst 2002 durch Preisverleihung an die besten Konzepte einen Teilabschluss erfahren hat und seitdem von den meisten Teilnehmern in einem Monitoring fortgesetzt wird. Kern des Vorhabens war die dringende Empfehlung, den künftigen Wohnungsbedarf der Städte durch demographische Prognosen und Haushaltsanalysen zu bestimmen, um die städtebauliche Orientierung aus der allein auf Wachstum ausgerichteten Bindung zu lösen. Die nahräumliche Perspektive erhielt durch Aufdeckung der Zentrums-Umland-Spannungen eine Ausrichtung auf stärkere Kooperation mit den Umlandgemeinden.

Seitens der Ergebnisse ist die Polarisiertheit der Bevölkerung nach Altersgruppen und Stadtquartieren von Interesse. Die Wohngebiete der 1970er Jahre sind sehr stark überaltert; über 50% der Bevölkerung sind oftmals schon Senioren. Ein radikaler Bedeutungswandel dieser Wohngebiete steht unmittelbar bevor.

Zu den demographisch interessantesten Resultaten der Analysen gehört die Erkenntnis, dass der überproportionale Wanderungsverlust junger Frauen zu einer regionalspezifischen Nutzung der Wohnungen führt, die zu einer anderen Definition der Haushalte zwingt, als es bislang nach dem Familienstand oder fiskalischen Ansätzen üblich ist. Das betrifft vor allem die Single-Haushalte. Der fast flächendeckende Männerüberschuss in den demographisch aktivsten Altersgruppen von mittlerweile fast 15 % lebt – wie an ausgewählten Beispielen ermittelt – vielfach als “alte Kinder”

(„Nesthocker“ etc.) nach wie vor bei seinen Eltern. Damit greifen ältere Haushaltsprognosen und die Differenzierungen des Mikrozensus ins Leere. Für realitätsnahe Haushaltsprognosen ist eine spezielle Bedarfsgemeinschaft zu definieren: der „Wohnungshaushalt“.

Ohne Beachtung dieser regionalspezifischen Wohnweise, die auch die Unterschiede in der Kaufkraft in Deutschland widerspiegeln, besteht die Gefahr städtebaulicher Fehlinvestition in Höhe mehrerer Milliarden. Dem vorzubeugen wird Forschungsbedarf angemeldet.

Veröffentlichung des Artikels im vollen Wortlaut unter Weiß, W.: Regionaldemographische Aspekte der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) im „Stadtumbau Ost“ am Beispiel ausgewählter Städte im Nordosten Deutschlands. In: Steingrube, Wilhelm (Hrsg.): Aktuelle Probleme der Regionalentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, Greifswald 2003, S. 116-137. (Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung ; Bd. 14) und als PDF-Datei bei [www.isru.de](http://www.isru.de)

Wolfgang Weiß, Universität Greifswald

### Situation und Perspektiven der Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung im peripheren ländlichen Raum Oberfrankens

Im nordöstlichen Teil des bayerischen Regierungsbezirks Oberfranken findet seit der deutschen Wiedervereinigung und dem Auslaufen der Zonenrandförderung ein ausgeprägter Strukturwandel statt, der sich unter anderem in Form einer ausgeprägten Bevölkerungsschrumpfung, einer drastischen demographischen Alterung und dem vermehrten Auftreten von Wohnungsleerständen äußert. Spätestens seit Ende der 1990er Jahre hat diese Entwicklung die Region quasi flächendeckend erfasst.

Besonders die zwei im Landkreis Wunsiedel (Fichtelgebirge) gelegenen Kleinstädte Selb (17.500 Einwohner) und Hohenberg an der Eger (1.800 Einwohner) haben unter den Auswirkungen des Strukturwandels zu leiden. Beide Städte waren zentrale Standorte der mittlerweile fast zur Gänze zusammengebrochenen Porzellanindustrie, Selb wurde in der Vergangenheit sogar der Beiname „Porzellanhauptstadt“ verliehen. Allerdings ist es an beiden Orten bereits in den letzten Jahrzehnten zu empfindlichen Bevölkerungsverlusten gekommen. So hat die Große Kreisstadt Selb in den letzten 30 Jahren etwa ein Viertel ihrer Einwohner verloren, seit Mitte der 1990er Jahre hat sich der Bevölkerungsverlust noch beschleunigt. Da sich bis heute kaum Kompensationspotentiale für den massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe ergeben haben, hat überdies eine unverhältnismäßig starke Abwanderung jüngerer, erwerbsfähiger Jahrgänge stattgefunden. Dies hat einen entscheidenden Beitrag zur ausgeprägten demographischen Alterung der ansässigen Bevölkerung geleistet.

Dank einer gleichzeitigen Ausweitung des Wohnungsangebots ist es in Selb seit der Jahrtausendwende zu einer massiven Zunahme des Leerstands von Wohnraum gekommen. Derzeit stehen ca. neun bis zehn Prozent aller Selber Wohnungen leer. Davon betroffen sind in erster Linie die peripheren Standorte des sozialen Wohnungsbaus, aber auch die dicht bebauten zentralen Stadtquartiere weisen überdurchschnittlich hohe Leerstandsquoten auf.

Im ländlich geprägten Hohenberg a.d.E. ist eine gleichartige Problematik v.a. im historischen Ortskern sowie im Bereich einer Durchgangsstraße zu verorten. Sehr alte, vernachlässigte Bausubstanz und Emissionsbelastungen durch den Schwerlasttransportverkehr mit der Tschechischen Republik sorgen in den genannten Bereichen für eine Konzentration von Leerständen.

Auch in Zukunft ist nicht mit einer Verbesserung der Situation zu rechnen. Im Gegenteil: In Selb ist für den Zeitraum der nächsten 20 Jahre sogar zu befürchten, dass sich der Anteil der leerstehenden Wohnungen auf fast ein Viertel des Gesamtbestandes ausweiten wird. Schlimmstenfalls wird im Jahr 2023 außerdem fast jeder zweite Einwohner von Selb ein Alter von 60 oder mehr Jahren erreicht haben.

Die genannten Aspekte zeigen, dass – zwar noch regional begrenzt – derzeit empfindliche Veränderungen in Bevölkerungsstruktur und -entwicklung vor sich gehen, die schon heute tiefgreifende Auswirkungen auf die Siedlungsentwicklung haben, in der Zukunft jedoch umwälzenden Charakter annehmen könnten. Die Folgen für die Siedlungsstruktur im peripheren ländlichen Raum, aber auch für das gesamte Siedlungssystem sind in der Gänze noch nicht abzusehen. Mit um so mehr Nachdruck sollte ein Durchbrechen der Abwärtsspirale betrieben werden, um den betroffenen Regionen die Lebensfähigkeit auch in Zukunft zu erhalten.

Dr. Harald Standl, Dipl.-Geogr. Hans-Christian Kiefert, Universität Bamberg

### Demographie und Gesundheitssystem - Herausforderungen für stationäre Bereiche

Eigentlich wollte Frau Dr. Erika Schulz vom DIW Berlin einen Vortrag zum o.g. Thema halten, zu den folgenden Schwerpunkten:

- Demographischer Wandel und Gesundheitsausgaben
- Demographische Entwicklung
- Lebenserwartung und Gesundheitszustand
- Inanspruchnahme von Krankenhausleistungen
- Empfänger von Leistungen der Pflegeversicherungen

Da sie zur Jahrestagung aber verhindert war, ich im Vorfeld der Tagung aber bereits Informationen, insbesondere zum Bereich Pflegeversicherung, mit ihr ausgetauscht habe, übernahm ich ihren Vortrag und stellte meine Ergebnisse zur künftigen Leistungsentwicklung in der Pflegeversicherung in dessen Mittelpunkt.

Die präsentierten Ergebnisse basieren auf den von Erika Schulz bereitgestellten Prävalenzraten, die den Anteil der Leistungsempfänger der sozialen und privaten Pflegeversicherung an der Bevölkerung in den jeweiligen Altersgruppen quantifizieren – differenziert nach Pflegestufen und dem Geschlecht. Diese wurden von mir auf die Bevölkerungsdaten des Jahres 1999 sowie auf die Prognosewerte des Jahres 2020 der regionalisierten BBR-Bevölkerungsprognose übertragen und miteinander verglichen. Dabei wurden die Prävalenzraten konstant gehalten, so dass man die Unterschiede von 1999 und 2020 einzig auf demographische Veränderungen zurückzuführen kann.

Wesentliche Ergebnisse der Analysen von Schulz und Maretzke sind in diesem Zusammenhang u.a.:

- In der Vergangenheit war die Entwicklung der Gesundheitsausgaben nur zu einem kleinen Teil durch den demographischen Wandel determiniert.
- In der stationären Akutversorgung werden die erforderlichen Umstrukturierungen in den Krankenhäusern sowie die veränderten Qualifikationsanforderungen an das Pflegepersonal höhere Bedeutung haben als die Veränderung der Krankenhaustage insgesamt.
- Der Bedarf an Langzeitpflege wird merklich steigen, wobei sich die Zahl der Pflegefälle bundesweit bis 2020 um 35% erhöhen wird. Überdurchschnittlich stark ist dabei der Bereich der vollstationären Pflege betroffen, ein spürbares Ergebnis des latenten Alterungsprozesses der Bevölkerung. Damit ergibt sich eine Verschiebung hin zu professioneller Pflege zu Hause und in Heimen, die aufgrund höherer Pflegeintensität auch wesentlich kostenintensiver sein wird.
- Besonders intensiv vollzieht sich dieser Anstieg in den neuen Ländern, vor allem in den Regionen der Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Dort wird sich die Zahl der ambulanten bzw. stationären Pflegefälle z.T. um mehr als 65% erhöhen. Regionen mit einer positiven demographischen Entwicklung, wie z.B. die Region Ingolstadt, weisen dabei den höchsten Anstieg der Pflegefälle bis 2020 auf.

Dr. Steffen Maretzke, BBR Bonn  
Dr. Erika Schulz, DIW Berlin

## **Auswirkungen der Alterung auf die politischen Grundlagen der Demokratie**

Angesichts der demographischen Veränderungen sind immer wieder Stimmen zu hören, die davor warnen, dass die Alterung der Gesellschaft dazu führen könne, dass gerade die durch sie entstehenden Probleme nicht gelöst werden, weil beispielsweise gesamtwirtschaftlich ratsame Lösungen in einer veränderten Wählerstruktur keine Mehrheit mehr finden. Es stellt sich daher die Frage, wie die gesellschaftliche Alterung die politischen Grundlagen der Demokratie verändern könnte.

Sicher ist, dass sich die Alterung der Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten in besonderem Maße auf die Wählerschaft auswirken wird. Der Median der Bevölkerung über 18 Jahre wird nach der Variante 7 der 10. Koordinierten Bevölkerungsvoraberechnung des Statistischen Bundesamtes von 45,8 Jahren 2002 auf 56,3 Jahre 2050 ansteigen. Wenngleich in dieser Berechnung eine Zuwanderung von 100.000 Personen pro Jahr enthalten ist und Vorhersagen über die Einbürgerung und damit die Zuerkennung des Wahlrechts seriöser Weise unmöglich sind, so ist doch zu vermuten, dass die Prognose die Auswirkungen der Alterung auf die Institutionen der Demokratie eher unterschätzt. Anhand der Repräsentativen Wahlstatistik lässt sich nachweisen, dass ältere Wahlberechtigte ihr Wahlrecht deutlich öfter ausüben als jüngere Wahlberechtigte. Diese Tendenz hat sich bei den vergangenen Wahlen noch verstärkt. So lag das Durchschnittsalter des tatsächlichen Wählers bei der Bundestagswahl 2002 mit 48,3 Jahren um gut vier Jahre über dem Durchschnittsalter der Bevölkerung über 18 von 43,9 Jahren. Die Theorie des Medianwählers verdeutlicht, wie sich diese Alterung der Wählerschaft auf die Politik des Landes auswirken könnte: Politiker konkurrieren auf dem Wählerstimmenmarkt um Mehrheiten. Lassen sich die Interessen der Wähler ihrem Alter zuordnen, so werden sich Politiker in einer Gesellschaft, die überwiegend ältere Bürger hat, an den Interessen der älteren und nicht der jüngeren Wähler orientieren. Dies könnte beispielsweise dazu führen, dass Reformen der gesellschaftlichen Systeme, wie etwa der Rente, nicht mehr umgesetzt werden, wenn sie Einschnitte für die ältere Generation bedeuten.

Entscheidend ist die Frage, ob sich Wähler bei ihrer Wahlentscheidung von ihrem Alter leiten lassen (Lebenszyklusthese) oder in ihrer Jugend auf bestimmte Ideologien geprägt einer Partei treu bleiben (Generationsthese). Diese Frage lässt sich auf Grund der Datenlage nicht eindeutig beantworten. Bei der Union lassen sich Anhaltspunkte für die Lebenszyklusthese finden: Ältere Bürger haben in allen Wahlen der vergangenen 30 Jahre gemessen am Wahlergebnis überdurchschnittlich oft Unionsparteien gewählt, während jüngere Wähler diese stets deutlich unterdurchschnittlich wählten. Bei SPD und Grünen ist hingegen ein Muster nach der Generationenthese zu erkennen: Die höchste Zustimmung ist nicht einer Altersgruppe zuzuordnen sondern „wandert“ von einer Altersgruppe bei den folgenden Wahlen in die nächst höhere Altersgruppe. Eine bestimmte Generation an Wählern wird also älter und behält die Präferenz für eine Partei bei. Eine genauere Bestimmung der Interessen älterer Wähler wäre wünschenswert, ist aber auf der bisher öffentlich zugänglichen Datenbasis nicht möglich. So bleibt die Frage offen, ob ältere Menschen egoistisch entscheiden oder auch das Wohl der nachfolgenden Generationen im Auge haben. Für letzteres würde der enge Kontakt mit den Jüngeren in einer Familie oder auch die hohen Erbsummen sprechen.

Gegen die These, dass das Reformfenster mit zunehmender Alterung der Wählerschaft kleiner wird, spricht auch die Theorie der Interessengruppen. Sie betont, dass Entscheidungen in der Demokratie vor allem durch die Einflussnahme von Interessengruppen zwischen den Wahlen zustande kommen. Dabei spielt nicht die schiere Größe einer Gruppe, sondern die Organisierbarkeit ihrer Mitglieder und ihr Drohpotenzial aufgrund ihrer Funktion in der Gesellschaft eine Rolle. Während derzeit am Alter ausgerichtete

Interessengruppen in der Politik nicht entscheidend mitwirken, könnte sich dies in Zukunft ändern. Es bleibt aber fraglich, ob gerade die größer werdende Gruppe der Rentner eine gut zu organisierende Gruppe darstellt und ob ihr Drohpotenzial dem der Erwerbsbevölkerung überlegen sein wird. Sollte es in Zukunft tatsächlich zu einer Art Gerontokratie kommen, so bleiben den Jüngeren neben den konstitutionellen Schranken (wie etwa dem übermäßigem Verschuldungsverbot) noch Ausweichmöglichkeiten. Hierzu zählen der Gang in die Scheinselbständigkeit, die Reduzierung der Arbeit, die Schwarzarbeit und letztlich die Auswanderung. Dass dies nicht nur theoretische Optionen sind, belegt der oft konstatierte Braindrain in den Naturwissenschaften, wo junge, gut ausgebildete Menschen dem deutschen System den Rücken kehren, um im Ausland ihre Leistungen anzubieten.

(Eine ausführliche Ausarbeitung findet sich in: Bardt, Hubertus / Dickmann, Nicola: Politische Ökonomie des Alterns. In: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), 2004, Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels. Köln)

*Nicola Dickmann, Institut der Deutschen Wirtschaft Köln*

## **Einstellungen zur Alterspolitik - Ergebnisse des Population Policy Acceptance Survey in Österreich**

Wie alle modernen Gesellschaften ist auch Österreich mit dem Prozess der demographischen Alterung konfrontiert. Schon heute ist absehbar, dass die Veränderung der Altersstruktur weit reichende Auswirkungen für Staat, Gesellschaft und Individuum haben wird. Besondere Bedeutung kommt hierbei der Reform der sozialen Sicherungssysteme und hier wiederum dem Umbau des Pensionssystems zu. Die Reformdiskussion wird jedoch weitgehend nur unter wissenschaftlichen und politischen Experten geführt. Die Bevölkerung als Adressat der sozialpolitischen Maßnahmen wird in diese Diskussion praktisch nicht einbezogen.

Die Ausführungen konzentrieren sich deshalb auf die Frage, wie die gegenwärtige Politik der Alterssicherung in der Öffentlichkeit beurteilt wird und wie sich die Bevölkerung in Österreich deren Ausgestaltung in Zukunft vorstellt. Ausgehend von der Beurteilung der Bevölkerungsalterung werden Ergebnisse zu folgenden Bereichen behandelt:

- Einstellungen zur sozialpolitischen Verantwortung des Staates,
- Einstellungen zur künftigen Ausgestaltung des Pensionssystems,
- Einstellungen zum Übergang in den Ruhestand und
- Präferenzen zum Alter bei Pensionsantritt.

Die Befunde werfen letztlich die zentrale Frage auf, wie Beschäftigungs- und Sozialpolitik bei gegebenen wirtschaftlichen und demographischen Bedingungen stärker integriert werden können, um ein längeres Verbleiben Älterer im Arbeitsprozess zu ermöglichen. In den Schlussfolgerungen werden die Ergebnisse daher unter inhaltlichen und methodischen Aspekten kritisch hinterfragt.

Die Befunde wurden anhand der internationalen Erhebung „Population Policy Acceptance Survey“ (PPA) gewonnen. In Österreich wurde die Erhebung in den Jahren 1992 (PPA 1) und 2002 (PPA 2) durchgeführt. Es handelt sich jeweils um Repräsentativbefragungen, wobei rund 2.000 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren mit österreichischer Staatsbürgerschaft anhand eines weitgehend standardisierten Fragebogens persönlich interviewt wurden. Den beiden Erhebungen liegt teilweise das gleiche Frageprogramm zu Grunde. Dadurch ist ein partieller Vergleich von zwei Querschnittsbefragungen möglich. Einstellungen zum Altern und zur Alterspolitik in Österreich können somit in langfristiger Perspektive analysiert werden. Zudem ist mit dem Forschungsinstrument die Möglichkeit gegeben, die österreichischen Befunde mit den in anderen europäischen Ländern gewonnenen Ergebnissen vergleichend zu bewerten.

*Peter Schimany, Institut für Demographie, Wien*

## **Emanzipation der Frauen + Emanzipation der Arbeit = mehr Kinder**

Der Vortrag beschäftigt sich mit den Konsequenzen der Bevölkerungsschrumpfung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes nicht resignativ. Auf Dauer ist der Geburtenrückgang nur für eine Gesellschaft hinnehmbar, die sich selbst aufgegeben hat. Zukunft gibt es nur mit Kindern. Eine Politik, die sich nicht das energische Ziel setzt, die Voraussetzungen für eine Geburtenrate von ungefähr zwei Kindern pro Paar zu schaffen, hat keine Zukunft.

Der Vortragende ist bekennender Marxist und überzeugt: Die Ursachen des Bevölkerungsrückgangs hängen eng mit dem Siegeszug des Kapitalismus zusammen. Nur wer sich diesem Gedanken öffnet, kann eine Politik entwickeln, durch die die westlichen Gesellschaften wieder wachsen.

Gestützt auf englische Forschungen zur Frauenfrage und statistische Angaben aus Deutschland entwickelt er die These: Die gelungene Emanzipation der Frauen ist die unbestreitbare Ursache für den massiven Geburtenrückgang. Historisch ist aber der Weg in die Geschlechterstrukturen des 19. Jahrhunderts und den daraus resultierenden damaligen Geburtenraten verschlossen. Nur wenn die vor allem von beruflich qualifizierten Frauen zu Recht gemiedene Doppelbelastung von Berufs- und Reproduktionsarbeit zu einer gesellschaftlichen, beide Geschlechter verpflichtenden Aufgabe wird, gibt es die Perspektive wieder anwachsender Geburtenraten.

Es gibt historisch Fingerzeige, dass das geht - die untergegangene DDR schließt in ihrem Wrack solche Erkenntnisse ebenso ein wie die französische Kombination von 35-Stunden-Woche und öffentlicher Erziehungsversorgung. Beide aber geben nur Hinweise, denn beide hatten oder haben zwar eine bessere Geburtenrate als die deutschen 1,4, aber keine von 2,1 vorzuweisen. Erst wenn für alle Menschen die Frage „Was soll aus meinem Kind denn einmal werden?“ aus dem Bewusstsein verschwindet, werden die Kinderzahlen wieder wachsen. Das geht aber nur durch Erschließung gegenwärtig brachliegender, weil nicht profitabler Arbeitsfelder im kulturellen, geistigen und erzieherischen Bereich kombiniert mit Arbeitsbedingungen, die Beruf und Familie nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer kombinierbar machen.

Wer das für utopisch hält und weitermacht wie bisher, unterbreitet, so die Meinung des Autors, dem Land die Perspektive des untergegangenen Roms oder des sterbenden Feudalismus im Deutschland des 16. und 17. Jahrhunderts. Wer sich grundlegend neuen Forderungen an gesellschaftlichen Wandel nicht anpasst, schrumpft, altert und stirbt. Nur wer das Neue wagt, wächst, verjüngt sich und hat Zukunft.

*Dr. Manfred Sohn, Edemissen*

## **Demographische Prognose und das Beharrungsvermögen des Zeitgeistes**

Bis mindestens 1830 brachten große Städte keinen Bevölkerungsüberschuss hervor, sondern glichen ihren Geburtenmangel Jahrhunderte lang durch Zuwanderung aus. Man könnte sich nun auf den Standpunkt stellen, dass heute die hochindustrialisierten Staaten die Rolle von Weltstädten im großen spielen. Das kann funktionieren, wenn pro Generation eine große Zahl bildungsfähiger Personen einwandert, die nicht zu groß und zu kulturell entfernt ist, so dass sie mehr oder minder assimiliert werden. Das setzt einen Bevölkerungsüberschuss außerhalb der großen Zentren voraus, wie er in Europa seit wenigen Jahrzehnten nicht mehr gegeben ist, und das unabhängig von der oft Jahrzehnte langen politischen Regierungsform (z. B. Spanien, Deutschland, Ukraine). Der weiter stattfindende Abfluss von Humankapital (Bundeswehr-Studie von Ebenrett et al. hierzu) aus wirtschaftlichen Randregionen verschärft deren Randsituation. Darüber hinaus findet zunehmend eine Einwanderung aus kulturell fernen Gebieten statt.

Man kann den Demographen keineswegs den Vorwurf machen, dass sie die für die Sozialklassen dramatische demographische Entwicklung nicht rechtzeitig erkannt und Politik und Öffentlichkeit gewarnt hätten. Doch ziemlich erfolglos. Während noch in den Fünfziger Jahren das Denken in Raum, Zeit, Zahl und Bildungsfähigkeit der Bevölkerung auch für deutsche Bevölkerungswissenschaftler eine Selbstverständlichkeit war, wurde Bevölkerung etwa ab 1970 in einer fundamentalen Schwenkung des Zeitgeistes weltweit immer mehr nur als bloße Zahl mit einer individuell jeweils unbegrenzten Bildungsfähigkeit ohne große Probleme der kulturellen Anpassung verstanden. Jede andere Meinung und kritische Bedenken wurden immer mehr ins Abseits gestellt, die Realität ausgeblendet. Es entstand ein Wettlauf des vorauseilenden Gehorsams zwischen Politik, Presse, Wissenschaft und Behörden im veröffentlichten Denken und Meinen. Da selbst außereuropäische Industrieländer wie z. B. Japan davon betroffen sind, erhebt sich die Frage, inwieweit es sich um eine geradezu gesetzmäßige Verzögerung in der Wahrnehmung der Realität handelt, und zwar immer dann, wenn die individuelle Entscheidung von Millionen Personen betroffen ist. Es gibt inzwischen Anzeichen, dass unter dem Druck der Tatsachen eine erneute Schwenkung des Zeitgeistes zu erwarten ist.

*Dr. Dr. Volkmar Weiss, Leipzig*

## **Immigrants' Economic Performance Across Europe - Does Immigration Policy Matter?**

Drawing on panel data from the ECHP, the BHPS and the German SOEP, we compare the economic performance of immigrants to Great Britain, West Germany, Denmark, Luxembourg, Ireland, Italy, Spain and Austria to that of the respective indigenous population. The unit of analysis is the individual in the household context. This allows us to define immigrants' state of integration into the host society at the family level taking into account issues such as immigrant/native intermarriage. Economic performance is measured in terms of the country-specific pre-government income position and change in the relative income position due to redistribution processes within the respective tax and social security systems. Our work is based on the premise that countries may be categorized - similarly to existing categorizations based on the type of welfare regime - according to the nature of their immigration policy.

From an economic point of view, a successful and integrative immigration policy should result - at least when controlling for background characteristics such as education - in a non-significant differential between the economic performance of immigrants and that of the indigenous population. At first glance, our results indicate that this "ideal" is not attained in all of the countries analysed, particularly not in Germany and Denmark, where the economic performance of immigrants is much lower than that of the indigenous population. However, results from GLS random-effects models show that immigrants to these countries improve their economic situation rapidly with increasing duration of stay in the host country. This implies that these countries also do fairly well in fostering in the economic integration of immigrants.

Our empirical results further reveal that the substantial cross-country differences in the immigrant/native-born performance differential persist even when controlling in detail for socioeconomic characteristics of the household and for indicators of the state of the immigrants' integration, such as years since migration and immigrant/native intermarriage. This suggests that not only the conditions of entry to a country impact on immigrants' economic performance, but also country-specific institutional aspects such as restrictions on access to the labour market and parts of the social security system that are related to citizenship or immigrant status. There still is a great deal of heterogeneity across EU member states in this respect. This should be taken into account when working

towards the harmonization of national EU immigration policies.

*Felix Büchel, Max Planck Institute for Human Development, Berlin und Joachim R. Frick, DIW Berlin*

## **Der biologische Lebensstandard in Deutschland: Eine Analyse mit Daten des SOEP**

In der anthropometrischen und kliometrischen Literatur wird seit Ende der 1970er immer wieder auf die Körpergröße als komplexeren Indikator für den biologischen Lebensstandard von Volkswirtschaften und Gesellschaften zurückgegriffen (Steckel 1995). Darüber hinaus belegen jüngere Studien, dass die Körpergröße nicht nur im historischen Kontext, sondern auch für die Analyse moderner Gesellschaften herangezogen werden kann (Sunder 2003, Komlos und Kriwy 2003). Es zeigt sich hierbei, dass die Einkommensverteilung einer Volkswirtschaft von Bedeutung ist: Je gleicher Einkommen verteilt sind, umso eher scheinen Individuen ihr Wachstumspotenzial ausschöpfen zu können, sprich, sie wachsen stärker als Individuen in Gesellschaften mit ungleicher Einkommensverteilung.

In diesem Beitrag wird erstmals auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untersucht, ob und welche strukturellen Unterschiede in der Körpergröße der Deutschen bestehen. Ergebnisse von OLS-Regressionen, die für relevante Kovariaten wie u. a. die Bildung der Eltern kontrollieren, deuten darauf hin, dass Ostdeutsche nach der Wiedervereinigung einen Aufholprozess gestartet haben. Gleichwohl sind ostdeutsche Männer nach wie vor um etwa 1 cm kleiner als westdeutsche Männer, bei Frauen hingegen zeigt sich kaum mehr ein Unterschied. Eine Analyse der mittleren Körpergröße nach Zugehörigkeit zu Einkommensquintilen bestätigen die von Komlos und Kriwy (2003) ermittelten Unterschiede zwischen sozio-ökonomischen Klassen: Westdeutsche Männer und Frauen im oberen Einkommensquintil sind um etwa 1.5 cm größer als Individuen aus den unteren beiden Quintilen, bei ostdeutschen Männern zeigt sich eine Differenz von etwa 1 cm. Darüber hinaus weisen regionale Unterschiede auf einen Nord-Süd-Gradienten für die alten Bundesländer mit teils deutlich höherer mittlerer Körpergröße in den nördlichen Regionen hin.

### Literatur

- Komlos, J. Kriwy, P., 2003, The biological standard of living in the two Germanies. *German Economic Review* 4, 459-473.
- Steckel, R.H., 1995, Stature and the standard of living. *Journal of Economic Literature* 33(4), 1903-1940.
- Sunder, M., 2003, The making of giants in a welfare state: the Norwegian experience in the 20th century. *Economics and Human Biology* 1(2), 267-276.

*Guido Heineck,  
Österreichisches Institut für Familienforschung Wien*

## **Vermindert Einkommensungleichheit die individuelle Wohlfahrt und welchen Einfluss hat staatliche Umverteilungspolitik?**

Beeinflusst die Ungleichheit der Einkommen das individuelle Wohlbefinden? Und falls es eine Aversion gibt, befürworten die Individuen die Reduktion der Ungleichheit durch staatliches Eingreifen? Antworten auf beide Fragen sind für die Legitimation der Sozialpolitik von entscheidender Bedeutung.

Unsere Fragestellung verknüpft zwei Bereiche miteinander, die in der Literatur bisher getrennt betrachtet und untersucht wurden: Zum einen, inwieweit sich Aversion gegen (Einkommens-) Ungleichheit empirisch zeigen lässt. Zum andern, unter welchen Umständen Individuen einer staatlichen Umverteilung zustimmen

würden. Unter staatlicher Umverteilungspolitik verstehen wir hier insbesondere monetäre Transferzahlungen, die durch Steuern und Sozialversicherungsabgaben finanziert werden. Die breite Diskussion über die Legitimation staatlicher Umverteilung lässt sich in drei Thesen zusammenfassen: ökonomische Effizienz (bspw. Marktversagen), "self-interest" (bspw. Gruppeninteressen) oder intrinsische Ungleichheitsaversion (bspw. als Bestandteil des individuellen Nutzens, Altruismus).

Grundlage unserer empirischen Analyse ist das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) für die Jahre 1985 bis 1998 und insbesondere die Frage nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Wenn eine Abneigung gegen Ungleichheit besteht, dann müsste Ungleichheit einen negativen Effekt auf die allgemeine Lebenszufriedenheit haben. Wird Ungleichheit im Einklang mit den individuellen Präferenzen durch staatliche Umverteilungspolitik verringert, müsste sich dies wiederum positiv auf die Lebenszufriedenheit auswirken. Wir messen Ungleichheit u. a. als den Gini-Koeffizienten der Markteinkommen auf der regionalen Ebene und die Verringerung der Ungleichheit als Differenz der Gini-Koeffizienten für Markteinkommen und verfügbare Einkommen. Mit einer Regression wird der Einfluss beider Größen auf die Lebenszufriedenheit analysiert. Dabei wird eine Vielzahl sozio-ökonomischer Merkmale berücksichtigt.

Die Ergebnisse zeigen eine schwache Evidenz dafür, dass die deutsche Bevölkerung eine Abneigung gegen Ungleichheit hat. Zunehmende Ungleichheit führt zu einem Rückgang der Lebenszufriedenheit. Dabei spielt die individuelle Einkommensposition keine Rolle. Dies spräche für die Ungleichheitsaversionsthese.

Gleichwohl wirkt sich die Verringerung der Ungleichheit durch das Steuer- und Transfersystem nicht positiv auf die Lebenszufriedenheit aus. Für Individuen, die sich im „Mittelfeld“ der Einkommensverteilung befinden, zeigt sich sogar ein negativer Einfluss. Diese Gruppe trägt in Deutschland die überragende „Last der Umverteilung“.

### Ausführliche Ergebnisse:

Schwarze, J. und M. Härpfer (2003): Are People Inequality Averse, and Do They Prefer Redistribution by the State? A Revised Version. IZA Discussion Paper No. 974, Bonn (<ftp://ftp.iza.org/dps/dp974.pdf>)

*Prof. Dr. Johannes Schwarze, Marco Härpfer,  
Universität Bamberg*

## **Modelle und Methoden des Schätzerkreises der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland**

Die gesetzliche Rentenversicherung mit ihrem Finanzierungssystem galt bislang als sicherer, unumstrittener Bestandteil der Sozialversicherung in Deutschland. Besonders in den letzten zehn Jahren ist sie zunehmend unter Kritik geraten und hat an Akzeptanz in der Bevölkerung stark verloren. Dabei sind sowohl die ökonomischen Bedingungen und ihre Prämissen für die Zukunft als auch die demographische Entwicklung als Gründe für steigende Beitragssätze in der Sozialversicherung zu nennen. Die Wiedervereinigung, längere Rentenbezugszeiten aufgrund steigender Lebenserwartungen, frühzeitiger Rentenbeginn und hohe Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung führten in der Vergangenheit zu zahlreichen Maßnahmenpaketen zur Dämpfung des Beitragssatzanstiegs seitens der Bundesregierung. Dabei wurden unter anderem sowohl die Einnahmen der Rentenversicherung durch zusätzliche Zahlungen des Bundes für Leistungen der Rentenversicherung, für die bisher kein Beitrag gezahlt wurde, erhöht, als auch die Ausgaben durch Heraufsetzen der Altersgrenzen für den Rentenbeginn und der Absenkung des Rentenniveaus durch den sogenannten „Nachhaltigkeitsfaktor“ in der Anpassungsformel reduziert. Zusätzlich führte das Absenken der Rücklage der Rentenversicherung, der Schwankungsreserve, von einer Monatsausgabe auf nur noch 0,2

Monatsausgaben im Jahr 2004 zu geringeren Anstiegen bei den Beitragsätzen.

Mit einem Finanzvolumen von rund 230 Mrd. EUR und einer gesetzlich vorgeschriebenen Mindestrücklage ist es notwendig, die zukünftigen Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung möglichst gut abschätzen zu können. Dazu hat der Schätzerkreis der Rentenversicherung ein Instrumentarium entwickelt, mit dem zukünftige finanzielle Entwicklungen in der gesetzlichen Rentenversicherung modelliert werden und das im Rahmen der Politikberatung zur Evaluation anstehender Reformvorhaben eingesetzt wird. Zu diesem Instrumentarium gehört auch ein „Finanzmodell“, mit dem der notwendige Beitragsatz zur Deckung der Ausgaben und Bildung einer Mindestrücklage unter zukünftigen demographischen und ökonomischen Prämissen berechnet wird.

Andrea Weprek,  
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin

### Methode zur Erweiterung der abgekürzten Sterbetafel von 90 bis 100 Jahren

Mit dem Anstieg der Lebenserwartung ergibt sich aus wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Sicht vermehrt ein Informationsbedarf zur Sterblichkeit und Lebenserwartung der Bevölkerung jenseits des Alters von 90 Jahren. Die geringen Fallzahlen in den hohen Altersstufen und die mit zeitlicher Entfernung zu der letzten Volkszählung zunehmenden Ungenauigkeiten in der Bevölkerungsfortschreibung haben jedoch bislang eine Veröffentlichung der abgekürzten Sterbetafel über das Alter von 90 Jahren hinaus verhindert. Oberhalb der Altersstufe von 90 Jahren beginnen die Sterbewahrscheinlichkeiten der Männer unplausibel zu sinken, bei den Frauen aufgrund der höheren Lebenserwartung etwas später. Eine Volkszählung oder ein gleichwertiges Verfahren und damit die Möglichkeit, den Bevölkerungsstand zu korrigieren sowie auf dieser Basis eine neue allgemeine Sterbetafel zu erstellen, ist bislang nicht absehbar. Deshalb wurde nach einer Möglichkeit gesucht, einen plausiblen Verlauf der Sterbewahrscheinlichkeiten als auch eine vollständige Absterbeordnung zu erhalten, um die abgekürzte Sterbetafel bis zu der Altersstufe von 100 Jahren erweitern zu können. Um dies zu erreichen, wurde auf die Kombination zweier Methoden, die der Extinct Generations und der nichtlinearen Regression, zurückgegriffen. Unter der Voraussetzung einer zuverlässigen Sterbefallregistrierung, die bis weit in die Vergangenheit für alle Altersstufen vollständig und nach Alter und Geburtsjahr aufgegliedert ist, können die Lebenden eines Geburtsjahrgangs in den einzelnen Altersstufen über die Anzahl der Gestorbenen zurück gerechnet werden. Die Methode der Extinct Generations ist dabei auf die höheren Lebensalter beschränkt, da vorausgesetzt werden muss, dass keine Wanderungen mehr stattfinden. Die ursprünglich von Vincent entwickelte Methode der Extinct Generations kann nur bei bereits vollständig ausgestorbenen Geburtsjahrgängen angewendet werden, jedoch lässt sich diese Restriktion umgehen, indem zu einem Zeitpunkt ein als exakt angenommener Bevölkerungsstand einbezogen wird, wie beispielsweise aus der Volkszählung von 1987. Die Sterbewahrscheinlichkeiten der verschiedenen Geburtsjahrgänge können dann mit der Geburtsjahrmethode ermittelt und anschließend wieder von der Kohorten- in die Periodenreihung zurückgeführt werden. Die aus der Methode der Extinct Generations gewonnenen Sterbewahrscheinlichkeiten können in einem zweiten Schritt in den Stützbereich einer Regressionsfunktion eingesetzt werden, welche die noch fehlenden Sterbewahrscheinlichkeiten durch Extrapolation ergänzt.

Für die Extrapolation der Sterbewahrscheinlichkeiten wurde eine Regressionsfunktion gewählt, welche eine Verlangsamung des exponentiellen Wachstums der Sterbewahrscheinlichkeiten nach dem Alter von 90 Jahren berücksichtigt. Als Kriterien zur Beurteilung der Eignung der Regressionsfunktion wurden eine gute Anpassung

(Fortsetzung auf Seite 18)

## Neuer DGD-Vorstand wurde gewählt

Im Rahmen der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD), die während der Jahrestagung am 04.03.2004 stattfand, wurde unser neuer Vorstand gewählt.

Gemäß der Satzung erfolgte diese Wahl erstmals als Briefwahl. An der Zahl der abgegebenen Stimmen wird deutlich, dass wir auf diesem Wege eine Wahlbeteiligung unserer Mitglieder erreicht haben, die noch nie so hoch war. Mit Fug und Recht kann dieses für die DGD neue Wahlverfahren dementsprechend als Erfolg bewertet werden.

Im Ergebnis dieser Wahlen wurden Frau Prof. Dr. Charlotte Höhn mit großer Mehrheit, d.h. mit 73 % der Stimmen zur neuen Präsidentin unserer Gesellschaft gewählt. Sie benannte Herrn Reiner Schulz vorab als ihren Kandidaten für die Funktion des Geschäftsführers.

Nach der Wahl hat der neue Vorstand die zu besetzenden Funktionen wie folgt verteilt:

Präsidentin:	Frau Prof. Dr. Charlotte Höhn
Geschäftsführer:	Reiner Schulz
Vizepräsident:	Dr. E.-Jürgen Flöthmann
Schatzmeister:	Dr. Rembrandt Scholz
Beisitzer:	Dr. Erika Schulz
	Dr. Sabine Bechtold
	Prof. Dr. Eckart Elsner

An dieser Stelle sei noch einmal ausdrücklich dem Nominierungsausschuss (Herr Prof. Grohmann, Herr Dr. Otto und Herr Prof. Wingen) für seine engagierte Arbeit gedankt, der den Mitgliedern pünktlich eine Kandidatenliste präsentierte.

Wähler insgesamt	148	
KandidatInnen	Stimmen	% der Stimmen
<b>Präsidentin u. Geschäftsführer</b> Frau Prof. Dr. Charlotte Höhn und Herr Reiner Schulz	108	73,0
Dr. E.-Jürgen Flöthmann	110	74,3
Dr. Erika Schulz	75	50,7
Dr. Sabine Bechtold	70	47,3
Dr. Rembrandt Scholz	69	46,6
Prof. Dr. Eckart Elsner *	57	38,5
Dr. Steffen Maretzke *	57	38,5
Ivar Cornelius	54	36,5
Prof. Dr. Jan M. Hoem	45	30,4
Prof. Dr. Tilmann Mayer	42	28,4
Dr. Matthias Förster	41	27,7

\* Wegen der Stimmgleichheit von Herrn Elsner und Herrn Maretzke musste das Los entscheiden, das zugunsten von Herrn Elsner ausfiel

## Neue Mitglieder in der DGD

Der Vorstand der DGD nahm auf seiner Sitzung am 21.06.2004 die folgenden neuen Mitglieder in unsere Gesellschaft auf:

**Michaela Kreyenfeld**, geb. 1969 in Dortmund. Studium der Sozialwissenschaft in Bochum. 1996-1998 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Sozialpolitik der Ruhr-Universität Bochum.

1999-2001 Promotionsstipendiatin am Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock.

Seit 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock.

*Forschungsschwerpunkte:* Lebensverlaufs-forschung, angewandte Sozialforschung, Familiensoziologie/-demografie

*Homepage:* <http://user.demogr.mpg.de/kreyenfeld/>



**Frank Micheel** (Diplom-Kaufmann), geb. 1974 in Stade.

Seit Oktober 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Trier (1997-2002)

Diplomarbeit über die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (ordnungspolitische Analyse)

Aufgaben im BiB: Analyse der ökonomischen Auswirkungen des demographischen Wandels auf die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung

Weitere fachliche Interessen: Gesundheitsökonomie, Institutionenökonomik, Wohlfahrtstheorie, soziale Sicherung in weniger entwickelten Ländern



**Andreas Postler** (Dipl.-Volkswirt).

Universität Duisburg-Essen, Campus Duisburg

Studium der Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten „Empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie“ sowie „Geld und Währung“

Diplomarbeit zu den Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, die mit dem Absolventenpreis des Jahres 2002 der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg ausgezeichnet wurde.

Seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für „Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik“ im Fachgebiet für „Allgemeine Wirtschaftspolitik“ der Universität Duisburg-Essen (Campus Duisburg)

Arbeit an einer Dissertation zu den Problemen des demographischen Wandels und des medizinisch-technischen Fortschritts für die Gesetzliche Krankenversicherung.

Nachfolgend sind einige meiner Publikationen aufgelistet:

- Postler, A. (2003), Modellrechnungen zur Beitragssatzentwicklung in der GKV, Auswirkungen von demographischem Wandel und medizinisch-technischem Fortschritt, Diskussionsbeiträge der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Uni Duisburg-Essen, Standort Duisburg, Nr. 298, Mimeo, Duisburg 2003.
- Cassel, D.; Postler, A. (2003), Warten auf Rürup? Zur Dringlichkeit einer Finanzierungsreform der GKV, in: Wirtschaftsdienst 83 (7), S. 437-444.



**Georg W. Oesterdiekhoff**

PD Dr. phil. habil. Dr. soz.wiss.

*Mitgliedschaften:*

- Deutsche Gesellschaft für Soziologie
- Internat. Society for Quality-of-Life Studies
- Deutsche Gesellschaft für Demographie
- Deutscher Hochschulverband
- Institut für regionale Forschung e.V., Westerstede/Oldenburg.

*Fachgebiete:*

Allgemeine Soziologie, Soziologische Theorie, Sozialer Wandel, Sozialstrukturanalyse, Kultur-, Familien-, Bevölkerungs-, Agrar- und Wirtschaftssoziologie.

*Akademischer Werdegang:*

1983 Diplom in Sozialwissenschaften, Universität Duisburg

1985 1. Staatsexamen für das Lehramt in der Sekundarstufe II in den Fächern Geschichte, Sozialwissenschaften und Philosophie, Universität Duisburg

1993 Dr. phil., Uni Bremen, Dr. soz. wiss., Uni Duisburg

1999 Habilitation und PD (venia für Soziologie), Uni Karlsruhe

2004 Vertretung des Lehrstuhls für Soziologie (K.-H. Hörning) an der RWTH Aachen

*Ausgewählte Buchveröffentlichungen:*

- Traditionales Denken und Modernisierung, Opladen 1992;
- Unternehmerisches Handeln und gesellschaftliche Entwicklung, Opladen 1993;
- Die Rolle des Bevölkerungswachstums in der sozialökonomischen Entwicklung, Kiel 1993;
- Zivilisation und Strukturgenese, Frankfurt am Main 2000;
- Familie, Wirtschaft und Gesellschaft in Europa, Stuttgart 2002;
- Jugend zwischen Kommerz und Verband. Münster 1999 (Hrsg.)
- Lexikon der soziologischen Werke, Opladen 2001; (Hrsg. et al.)
- Schlüsselwerke der Soziologie, Opladen 2001; (Hrsg. et al.)
- Die Verbesserung des menschlichen Zusammenlebens, Opladen: 2003; (Hrsg. et al.)
- Globalisierung ohne Grenzen?, Hamburg 2004;
- Sozialer Wandel im Ruhrgebiet im Lichte von Biografien (für 2005).



**Harald Wilkoszewski**, geboren 1976 in München.

Studium der Politischen Wissenschaft, des Europarechts und der Religionswissenschaft in Augsburg, Cork/Irland und München, dort 2002 M.A.

2002 bis 2003 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München.

Seit 2003 Doktorand am Max-Planck-Institut für demografische Forschung Rostock und Lehrbeauftragter an der Universität Rostock.

Studienaufenthalte an der University of Michigan/Ann Arbor und der Universität Rom „La Sapienza“.

*Arbeitsschwerpunkte* sind die politischen Auswirkungen des demografischen Wandels sowie Fragen der Generationengerechtigkeit.



Darüber hinaus wurde Herr Kositzka, Bielefeld, als Mitglied in die DGD aufgenommen

## 1,855 Kinder Demographie zwischen Quantenmechanik und Relativitätstheorie?

Zur Bestandserhaltung sind 2,18 Kinder pro Frau nötig; bei 1,855 wird die Kindergeneration 15 % kleiner als die Elterngeneration sein. Auf 100 Geburten entfallen 51,8 Jungen. Die Lebenserwartung beträgt 78,9 Jahre. – Unabhängig davon, ob, wann, wo und für wen diese Aussagen stimmen, sie sind für die Demographen unstrittig. Es sind Kernsätze ihres Vokabulars, Ausdruck ihres Denkens und nicht zuletzt auch Resultat einer über 200-jährigen Entwicklung der Demographie als Wissenschaft, die auch ein eigenes Begriffssystem hat.

Nun ist unsere Gesellschaft gerade dabei, einige ausgewählte Erkenntnisse der Demographie in ihr kollektives Bewusstsein aufzunehmen. Plötzlich sind Begriffe wie „Überalterung“ und „Schrumpfung“ sogar im Munde von Zeitgenossen zu finden, für die Demographie vor wenigen Tagen noch etwas pornographisches hatte, weil sie das Fach auf die Statistik des Kinderkriegens reduzierten, und genau das mit ihrer öffentlichen Vorstellung von Sex gleich setzten - stellte kürzlich Parviz Khalatbari, Nestor der ostdeutschen Demographie, etwas verbittert fest.

### Schere zwischen Wissen und Verstehen

Doch es ist geradezu paradox: Während der „Vergesellschaftung demographischen Wissens“ nimmt der Abstand von Wissenschaft und dem allgemeinen Verständnis über demographische Sachverhalte eher zu. So reagieren Landräte und Bürgermeister in Abwanderungsgebieten auf Bevölkerungsprognosen noch immer mit: „Das will ich nicht! Machen Sie mir eine Prognose, wo hier Industrie her kommt, dann haben wir auch wieder Zuzug!“ – Pasewalk, 1994, und: „Sie reden mir meine Stadt kaputt!“ – Wismar, 2002.

So hat die nun schon seit Anfang der 1970er Jahre anhaltende geringe Fertilität der früheren Bundesrepublik, die mittlerweile die zweite Generation betrifft, noch immer nicht zur Vollbeschäftigung geführt. Soll es da vielleicht die Lösung für den Osten sein, wenn die seit 1990 nicht geborenen Kinder den Arbeitsmarkt entlasten?

So können viele Menschen mit der Erfüllung des Traumes vieler Generationen vor uns nicht vernünftig umgehen: In relativem Wohlstand lange zu leben! Selbst die positive Interpretation dieser Lebensqualität fällt durch: „Wenn wir wissen, dass wir in relativ kurzer Zeit Altersheim der Nation werden – gestalten wir doch aktiv das Seniorenparadies Deutschlands!“ – Fehlanzeige, der Demograph wird zum Pessimisten abgestempelt und ausgepöffelt. Im Extremfall wird der Verkünder der Nachricht als ihr Verursacher verschrien.

So kann letztlich die etablierte Politik bei demographischer Schrumpfung ohne Widerspruch den gleichen Neo-Malthusianismus zelebrieren, der sonst immer nur auf ungebremstes Bevölkerungswachstum passte. Dabei erleben wir doch genau das, was die Vertreter des Kapitals seit rund 200 Jahren vorgeblich zur Sicherung des allgemeinen Wohlstandes immer wieder propagiert und von den Massen gefordert haben – und von den meisten Ländern des „Südens“ noch immer fordern: Die freiwillige Beschränkung der Anzahl eigener Kinder.

Die Kluft zwischen Wissen und Verstehen wächst mit jedem Tag, an dem wir unzulässige Verallgemeinerungen, Halbwahrheiten und Fehlinterpretationen über uns ergehen lassen. Dabei liegen die Lügen auf der Hand, auch wenn sie noch so eingängig daher kommen:

„Die Menschen werden immer älter.“ – Das ist zwar nicht ganz falsch, aber es ist Unfug, wenn die wichtigere Wahrheit verschwiegen wird: Immer mehr Menschen werden älter! Und es ist gefährlicher Unfug, wenn es mit Bedauern gesagt wird und die Schuldzu-

weisung enthält, dass die Gesellschaft zerstört wird, weil die Alten noch immer leben!

„Die Frauen bekommen immer weniger Kinder.“ – Das ist zwar nicht ganz falsch, aber es ist Unfug, wenn die wichtigere Wahrheit verschwiegen wird: Immer weniger Frauen bekommen Kinder! Und es ist gefährlicher Unfug, wenn es Schuldzuweisungen an zeitlebens Kinderlose enthält!

### Überholen ohne einzuholen! - Schon wieder?

Der Widerspruch zwischen Wissenschaft und öffentlicher bzw. politischer Reaktion ist vor allem im Osten Deutschlands z. T. recht grotesk. Dort lassen sich allgemeine Veränderungen in der Gesellschaft und eben auch in der Bevölkerungsentwicklung besonders deutlich wahrnehmen. Einige demographische Sachverhalte werden sogar zur Alltagserfahrung, zur selbst erlebten historischen Erkenntnis:

Die Halbierung der Anzahl der Geburten nach der „Wende“ hat sich von einem Jahr zum anderen vollzogen und seitdem kaum wieder erholt. Das überlagert sich mit einer höchst selektiven Abwanderung, so dass die Kerben am Fuße des „Lebensbaums“ schon so stark sind, dass er gefällt zu werden droht, was zu einer springflutartigen Zunahme der Folgeprobleme führt. Aber auch hier kommt wieder die Halbwahrheit daher:

„Der Osten vergreist.“ – Das ist zwar nicht ganz falsch, aber es ist Unfug, wenn die wichtigere Wahrheit verschwiegen wird: Europa vergreist, Deutschland fährt dabei Autobahn und der Osten befindet sich im Ferrari auf der Überholspur! Wir sind zwar im Trabi gestartet, haben aber beim Boxenstopp 1990 das Fahrzeug gewechselt ...! Das ist richtiger.

Diese Situation unterscheidet sich von jeder bisherigen Entwicklung, in denen – von Kriegen und anderen Gewalten abgesehen – Veränderungen eher über lange Zeiträume stattfanden. Es ist zwar elementarster Ausdruck einer bestimmten Phase der „Demographischen Transition“, wenn ein Einzelkind in einer Familie aufwächst, in welcher die Eltern noch drei und die Großeltern noch etwa alle sieben Geschwister hatten. Die Dynamik dieser Veränderung wird aber nicht erfasst. In solche Veränderungen wachsen wir hinein, nehmen sie als gegeben hin und empfinden sie – falls überhaupt bedacht – als normal.

Anders in Umbruchphasen, wo fast jeder noch deutliche Erinnerungen an zuvor hat. Jetzt aber beobachtet man z.B. die Halbierung der Anzahl der Schulstandorte in Folge der halbierten Anzahl der Schulkinder – und gerade im ländlichen Raum sind Schulstandorte besonders wichtig, denn über ihre Einzugsbereiche formieren Jugendliche ihre „mental maps“, die oft lebenslang Grundlage räumlicher Identität sind. Jetzt beobachtet man die Ausdünnung jener Infrastruktur, die auf eine minimale Anzahl von Kunden mit einer ebenso minimalen Kaufkraft angewiesen ist – und gerade im ländlichen Raum waren kleine Einkaufsläden nicht nur zur Versorgung da, sondern Kommunikationszentrale. Und jetzt beobachtet man z. B. Veränderungen im Verhalten der Kinder etwas aufmerksamer, denn noch niemals zuvor hatten sie mit der heutigen Selbstverständlichkeit ihr eigenes Zimmer usw.

Die einfachen Dinge des Lebens stehen nicht im Mittelpunkt der Wissenschaft. Deren Aufgaben sind Analyse und Erklärung der Realität auf einem abstrakteren Niveau, systematische Erkenntnisarbeit, die bei der Verallgemeinerung zwangsläufig vom Einzelnen und vom Besonderen abhebt, um diese dann wieder mühselig einzufangen und im System unterzubringen. Und wenn man nicht gerade mit einem Mathematiker spricht, dann ist das Ganze zumeist immer sehr viel mehr, als die bloße arithmetische Summe seiner

Elemente – selbst ohne den Qualitätsbegriff der Dialektik!

### **Es gibt nur ganze Kinder!**

Schon vor 20 Jahren, als 1982 die Fertilität in der DDR ein temporäres Maximum erreichte, das sich als „Summe  $f(x) = 1855$ “ in das Gedächtnis festgebissen hat, war die Schizophrenie in der Darstellung demographischer Sachverhalte nicht mehr zu kaschieren. Die „Theoretiker“ versuchten den Wert mit „durchschnittlich 1,855 Kinder je Frau“ plausibel zu machen. Dagegen mühten sich die Praktiker, in dieser Zahl auch jene rund 7,5 % Frauen wiederzufinden, die allein aus medizinischer Indikation keine Kinder bekommen konnten. Dagegen standen Familien, die mit sehr vielen Kindern den Durchschnitt hoch hielten, was aber letztlich sehr viele Einzelkinder aufwog. Dagegen gab es normierte Wohnungen des Typs WBS 70, die weder ein „richtiges“ noch zwei kleinere Kinderzimmer hatten, sondern oft nur Notlösungen.

In der Realität gibt es eben „nur“ ganze (!) Kinder: eins, zwei, mehr als zwei – oder gar keins. Es ist fast wie in der Quantenmechanik, jener nichtrelativistischen Theorie der Bewegung und Wechselwirkung mikrophysikalischer Systeme, in der elementare Teilchen immer ganzzahlig vorkommen. Auch die Prozesse und Zustände in Systemen, Impulse und Energien, sind da auf feste Größen normiert. Wehe dem, der solch ein Teilchen unkontrolliert zu teilen sucht ...!

In Realitäten, die auf Bevölkerungszahlen aufbauen, ist das ähnlich: Erst der 33. Schüler teilt die Klasse, wenn ihre minimale Größe mit 16 festgelegt ist, unabhängig vom differenzierten Bedarf einzelner Schüler an pädagogischer Zuwendung. Die Förderung besonderer Talente und die Beachtung von Leistungsschwächen bleiben auf der Strecke. Auf Einwohnerzahlen beruft sich die Kasernenärztliche Vereinigung bei der Zulassung der Ärzte, unabhängig vom konkreten Bedarf einer vom Durchschnitt abweichenden Bevölkerungsstruktur. Z. B. hat die Hansestadt Rostock im demographisch aktiven Alter über 15 % Männerüberschuss...! Es sind Einwohnerzahlen, nach denen in der Regel Städte als „Zentraler Ort“ ausgewiesen sind, oft unabhängig von der Wahrnehmung der damit verbundenen Aufgaben für ihr Umland.

In der Realität der Familien ist das ähnlich. Dabei ist es unerheblich, ob es um „vollständige“ oder „unvollständige“ Familien geht. Nach Anzahl der Kinder sind die Familien in fast allen Eigenschaften zu unterscheiden. Qualifikationen, Karrieren im Beruf, Migrationen und andere biographische Abschnitte variieren zumeist deutlich nach der Anzahl der Kinder. Häufig ist es aber auch umgekehrt: Die Entscheidung für ein Kind, vielleicht sogar für mehrere, diktiert die Biographie, das Wohnumfeld, oft sogar den Freundeskreis. Die Anzahl der Kinder bestimmt das jeweilige Quantum elterlicher Leistungen, das für andere Lebensbereiche nicht mehr aufgebracht werden kann.

Bei gesellschaftlichen Leistungen für Kinder ist es allerdings anders: Da hier nicht das einzelne Kind zur Debatte steht, sondern irgend eine anonyme Größe von Kapital im Staatshaushalt, gibt es sehr wohl die Möglichkeit, die Leistungen so zu dosieren, dass eben z. B. nur „0,3 Kinder“ gefördert werden. Darum noch einmal zurück zu den „historischen Erfahrungen“ vor allem der Leistungsträger im Osten Deutschlands, denn im Durchschnitt hatten die Frauen in der DDR bis 1990 ein halbes Kind mehr als die Frauen in der früheren Bundesrepublik Deutschland. – Ein halbes Kind?

### **Verlierer der staatlichen Fusion Deutschlands**

Gerade die Intellektuellen aus dem Osten haben ihr demographisches Verhalten am stärksten verändert. Mitte der 1980er Jahre hatte fast die Hälfte aller Absolventinnen von Hoch- und Fachschulen in der DDR bereits mindestens ein Kind oder war schwanger (Starke 1989). Und damals war das Studium in der Regel bereits nach dem 22. bzw. 23. Lebensjahr beendet! Unter den akademisch gebildeten Frauen aus der DDR (Altersgruppe 30 bis 39 Jahre; Stand 1994) blieben nur etwa 5,0 % (Fachschule) bzw. 7,9 %

(Hochschule) kinderlos. Die zeitgleichen Werte für die frühere Bundesrepublik Deutschland liegen bei 31,0 % bzw. 37,2 % (Dorbritz und Schwarz 1996, S. 244). Nach aktuellen Schätzungen steigt der Anteil zeitlebens kinderloser Akademikerinnen in Deutschland insgesamt gerade auf etwa die Hälfte und wird in Kürze zwei Drittel erreichen. – Die ostdeutschen Frauen dieser Qualifikation hatten aber fast alle mindestens eins, durchschnittlich sogar zwei Kinder mehr!

Dagegen erfuhr die Bevölkerungsentwicklung sozialer Gruppen mit geringster Qualifikation in der gleichen Zeit eher einen Impuls in die entgegengesetzte Richtung: Im Unterschied zur ehemaligen Bundesrepublik Deutschland, wo der Anteil der Kinderlosen unter den „un- und angelesenen“ Frauen am geringsten war, war es in der DDR genau umgekehrt. Dagegen haben wir heute im Osten Deutschlands nicht nur ähnliche Strukturen wie im Westen, sondern völlig neue Rekorde: Um 2000 setzte sich Ostelbien (Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg) vor Schweden an die Spitze der Rangliste mit nichtehelichen Geburten; mit England ringt die Region um die Führung bei Teeny-Schwangerschaften. Diese Werte korrelieren zwar nicht in jedem Fall mit der Qualifikation, der Erwerbsbiographie bzw. der Arbeitslosigkeit oder dem Umfang sozialer Bedürftigkeit, zeigen aber deutlich, wie wenig hilfreich für die Praxis die Aussage „1,4 Kinder pro Frau“ ist, insbesondere beim Versuch der politischen Ausgestaltung einer kinderfreundlichen Gesellschaft, wenn diese zudem auch noch demographisch nachhaltig, also auch auf diesem Gebiet langfristig tragfähig sein soll.

Die Fertilität einer Gesellschaft ist also die durchschnittliche Fertilität ihrer sozialen Gruppen, die sich zunehmend über die Anzahl ihrer Kinder konstituieren. Also ist die Frage nach der Veränderung der Fertilität auf die Veränderung der (Lebens-) Verhältnisse, Chancen und Perspektiven dieser sozialen Gruppen zu richten. Die umfassende Bewertung der Fertilität einer Gesellschaft setzt somit die differenzierte Erfassung der demographischen Verhältnisse sozialer Gruppen voraus.

### **Demographie boomt trotz ihrer Lücken**

Davon ist die Demographie in Deutschland allerdings weit entfernt. Einerseits gibt es in der offiziellen Statistik keine Zahlen, die diesem Anspruch genügen, und in der exakten Erfassung demographischer Daten ist Deutschland das Entwicklungsland Nummer eins, denn nirgendwo anders liegt die letzte verfügbare Volkszählung so weit zurück (DDR 1981; BRD 1987). Die in der Zwischenzeit in der fortlaufenden Statistik angehäuften Fehler sind ohnehin Anlass genug, um an öffentlichen Zahlen eher zu zweifeln!

Andererseits ist gerade die deutsche Demographie bislang kaum daran interessiert, eine stärkere Differenzierung der Bevölkerung als nach Alter, Geschlecht und Familienstand vorzunehmen. Da gibt es sicher gut begründete Hemmungen, wenn wir an den Missbrauch solcher Informationen in der Zeit des Nationalsozialismus denken. Es ist auch richtig, dass gerade in Deutschland bevölkerungspolitische Maßnahmen bislang zumeist immer einen Zug Zynismus und menschenverachtenden Beigeschmack hatten, wenn unter Bevölkerungspolitik jede Form von Politik verstanden werden soll, die vorschreibt, wer oder wie viele wann und wo zu leben hat bzw. haben. So definiert wäre der Bogen vom Mutterkreuz und den Rassengesetzen über § 218 bis zur Mauer zu spannen! Dennoch setzt auch eine gute Sozialpolitik demographische, soziologische und kleinräumig differenzierte Informationen über die Menschen voraus. Nur so können die existentiellen Bedingungen einzelner sozialer Gruppen so bestimmt werden, dass sich – wenn gewünscht – soziale Leistungen auch demographisch positiv umsetzen.

### **Sozialpolitik mit positiven demographischen Effekten versus Bevölkerungspolitik**

Es geht also nicht um die Steigerung der mittleren Kinderzahl von

1,3 auf wieder 1,855 oder gar 2,18 pro Frau, um Kinder als Bilanzfaktor in der Rentenpolitik zu kalkulieren. Es geht um den Platz von Kindern in der Hierarchie der Lebenswerte, um Kinder als eine besondere Erfüllung frei entscheidender und emanzipierter Persönlichkeiten. Es geht darum, kinderlose Paare oder Singles für das erste Kind zu begeistern – und sie genau dafür sozial zu befähigen, also besser zu stellen. Und es sollten Eltern von Einzelkindern den Wert von Geschwistern nicht nur erkennen, sondern diese Erkenntnis auch ohne Not umsetzen können – und genau dafür sollten sie ebenfalls sozial befähigt, also besser gestellt werden. Und letztlich bedürfen Eltern mit mehr als zwei Kindern einen besonderen Schutz der Gesellschaft – und die dafür nötige soziale Befähigung, also Besserstellung. Feste Quanten – dazwischen gibt es absolut nichts, keine Quantile, keine lineare Steigerung und keine relative Anzahl von Kindern!

Das sind Elemente einer Sozialpolitik, die hier und heute eingefordert werden kann. Sie sind zutiefst humanistisch und Gegenstand allgemeinsten politischer Forderungen mit breitem Konsens, lassen sich aber auch in konkrete politische Alltagsprojekte kleiden: Mit preiswerten Einrichtungen zur Kinderbetreuung, mit der Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung in der Lebensleistung, mit beruflicher Chancengleichheit von Eltern gegenüber Kinderlosen, mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit, mit umfassender Gleichberechtigung nicht nur von Mann und Frau. Genau das ist auch in Zukunft Voraussetzung für eine wahre Rentengerechtigkeit.

Erinnern wir uns noch einmal an die Fertilität der Studentinnen in der DDR. Oder an solche Maßnahmen, die damals zumindest einen höheren Stellenwert des Kindes in den Familien und in der Gesellschaft bewirkte, als es zeitgleich in der früheren BRD üb-

lich war, z. B. an die vorbildliche und seinerzeit international beneidete Schwangeren- und Mütterbetreuung, die sogar heute zumindest im ländlichen Raum auch über Gemeindeschwestern getragen werden könnte. Oder – falls das zu ostaligisch ist – an jene Maßnahmen, die z. B. in Frankreich oder in Schweden deutlich günstigere demographische Rahmenbedingungen als in Deutschland schaffen – ungeachtet, ob sie genau jenes Mehr an Kindern je Frau bewirken, als bei uns; ungeachtet, ob es überhaupt ein „Leitbild“ für eine mittlere Kinderanzahl je Frau geben kann.

Erinnern wir uns doch – wenn schon nicht anders – ganz einfach an O. F. Weitling, der die Formulierung „gelernter DDR-Bürger“ erfunden hatte. Unnachahmlich brachte er das kinderfreundliche Klima der späten 1970er und der 1980er Jahre in der DDR auf den Punkt (aus dem Gedächtnis – vielleicht leicht verändert):

**„Wir machen, dass der Mensch die Not besiegt,  
wir machen, dass der Mensch ins Weltall fliegt,  
Frieden hat und satt zu essen,  
doch bei all den schönen Sachen  
sollten wir es nicht vergessen:  
Kinder sind das Beste, was wir machen!“**

*Wolfgang Weiß,  
Universität Greifswald*

Dr. rer. nat. habil. Wolfgang Weiß, Geograph, Demograph, Mathematiker – Interdisziplinarist. Wirkt als Privat-Dozent am Geographischen Institut der Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald (weiss@uni-greifswald.de) und leitet das privatwirtschaftliche Institut für sozialwissenschaftliche Regional- und Umweltforschung (www.isru.de).

## Die neue soziale Frage: demographisch bedingter Verteilungsstress

Dieser Artikel von Prof. Herwig Birg erschien am 2. April 2004  
in leicht veränderter Fassung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (S. 39) Herwig Birg März 2004

In zwanzig Jahren wird die Geißel Krebs nach Einschätzung des weltweit größten Pharmakonzerns Pfizer besiegt sein. Hunderttausende von Todesfällen werden um Jahre später auftreten. So wichtig und erfreulich dies aus menschlicher Sicht ist, die ganze Bedeutung der Entwicklung erschließt sich erst aus der überindividuellen Perspektive: Die Lebensspanne des Menschen wächst ständig, ob eine biologische Grenze existiert, ist aus wissenschaftlicher Sicht heute unbekannt.

Im 20. Jahrhundert hat sich die Lebenserwartung in Deutschland bei den Männern von 41 auf 75 und bei den Frauen von 44 auf 81 Jahre erhöht. Dies sind Durchschnittswerte, die Lebenserwartung der jüngeren Jahrgänge liegt in der Regel deutlich über dem Durchschnitt: Von den heute 20 bis 25jährigen Frauen wird wahrscheinlich jede zweite oder dritte ein Alter von 95 bis über 100 erreichen. Jeder zweite Bundesbürger ist heute über 40, im Jahr 2050 über 50 Jahre alt. Der Anstieg dieses sogenannten Medianalters beruht nicht, wie man meinen könnte, in erster Linie auf dem Anstieg der Lebenserwartung, sondern in noch stärkerem Maße auf den zahlenmäßig kleiner werdenden Geburtsjahrgängen infolge niedriger Geburtenraten.

In Deutschland war der prozentuale Rückgang der Geborenenzahl pro Frau im 20. Jahrhundert etwa gleich groß wie der Anstieg der Lebenserwartung (minus 72% versus plus 83%), die Geburtenzahl pro Frau nahm von 5 auf rd. 1,4 ab. Deutschland ist das erste Land der Welt, in dem die jährliche Zahl der Sterbefälle ständig über der Zahl der Geborenen liegt. Trotz einer millionenfach eingewanderten Bevölkerung mit Geburtenzuschüssen ist die Geburtenbilanz seit 1969 (frühere DDR) bzw. 1972 (frühere BRD) permanent im Minus, und das Defizit wird von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wachsen: Da die vor 30 Jahren nicht Geborenen heute als potentielle

Eltern fehlen, könnte jetzt die beste Familienpolitik mangels Adressaten das Blatt nicht wenden. Wir sind mitten in einem neuen Geburtenrückgang, der ab 2030 wiederum zu einem Eltern- bzw. Geburtenrückgang führt, usf. Das Geburtendefizit wird sich nach der mittleren Variante der Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes wegen permanent sinkender Geburtenzahlen und steigender Sterbefälle bis 2050 von jährlich 72 Tsd. auf 576 Tsd. verachtfachen.

Unter den Prognosevarianten für unterschiedliche Annahmen über die künftigen Geburten-, Sterbe- und Migrationsraten ist eine für die Politik besonders bedeutsam: Selbst wenn die jetzige Geburtenzahl pro Frau von 1,4 bis beispielsweise 2030 wieder auf die von der Bevölkerung als ideal betrachtete Zahl von zwei Kindern pro Frau zunähme und gleichzeitig 150 Tsd. junge Menschen pro Jahr netto einwanderten, bliebe die Geburtenbilanz bis zur Jahrhundertmitte dauernd im Minus.

Der prozentuale Rückgang der Geburtenraten war in den letzten fünfzig Jahren in den Entwicklungsländern intensiver als in den Industrieländern (minus 50 versus minus 44 Prozent). Der Altenquotient – die Zahl der über 65jährigen in Prozent der 15 bis 64jährigen – und das Durchschnittsalter sind und bleiben in den Entwicklungsländern zwar wesentlich niedriger als in den Industrieländern, aber ihr prozentualer Anstieg ist in den Entwicklungsländern wegen des steileren Rückgangs der Geburtenrate und der prozentual stärkeren Zunahme der Lebenserwartung höher als in den Industrieländern. Das Niveau des Altenquotienten wird bis zur Jahrhundertmitte in den Industrieländern um das Doppelte, in den Entwicklungsländern fast um das Dreifache steigen. Die demographische Alterung ist also nicht auf die Industrieländer beschränkt, sie betrifft die Weltbevölkerung als Ganzes.

Nach den Berechnungen der Population Division der UN sinkt die Geburtenrate der Weltbevölkerung seit Jahrzehnten, sie wird das für die langfristige Konstanz erforderliche Niveau (2,1 Lebendgeborene pro Frau) ab 2030-35 unterschreiten. Vierzig Jahre später, ab etwa 2070, beginnt die neue Phase der Weltbevölkerungsschrumpfung. Bis dahin wird die Weltbevölkerung noch von rd. 6,4 auf rd. 9 Mrd. wachsen. Zahlen für runde Zwischenjahre wie 2050 oder 2070 suggerieren, dass es sich um einen Übergang von einem alten Gleichgewicht zu einem neuen handelt. Diese Vorstellung führt jedoch in die Irre. Gerade dann, wenn sich an der niedrigen Geburtenrate z.B. in Deutschland nichts ändert, führt der demographische Prozess nicht zu einem neuen Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau, sondern zu einer dauernden Schrumpfung, die sich so lange fortsetzt, wie die Bevölkerung ihre demographisch relevanten Verhaltensweisen beibehält.

Die international vergleichende Analyse zeigt, dass die Abnahme der Geburtenrate um so größer und die Alterung der Gesellschaft um so intensiver sind, je höher das ökonomische Entwicklungsniveau eines Landes ist. Die ökonomische Prosperität wurde in den Industrieländern mit demographischer Instabilität erkauft, die jetzt die Wachstumsrate des Sozialprodukts um mindestens einen Prozentpunkt verringert. In Deutschland, wo die demographische Alterung neben Japan und Italien am intensivsten ist, gewinnt die Erkenntnis an Boden, dass sich der demographisch bedingte Anstieg der Versorgungslasten pro Kopf eines 15 bis 65jährigen auf mehr als das Doppelte nicht wegformieren, sondern nur anders verteilen lässt.

In den Entwicklungsländern, die über keine Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung verfügen, erfüllt die Familie die Aufgaben der sozialen Sicherung. Mit der Erosion der Familie durch die Abnahme der Geburtenrate verlieren sie ihren wichtigsten Stabilitätsanker. Sie exportieren die Instabilität in Form von Flüchtlings- und Migrationsströmen, ohne dass sich dadurch die Altersstruktur der Zielländer auf eine relevante Weise verändert. Wollte man beispielsweise den Altenquotienten Deutschlands durch die Einwanderung junger Menschen konstant halten, müssten bis 2050 netto 188 Millionen Menschen einwandern (FAZ, 12.4.2000).

In Deutschland steht die Politik vor der doppelten Herausforderung, durch eine Anpassungspolitik die Auswirkungen der demographischen Entwicklung so erträglich wie möglich zu gestalten und gleichzeitig den Entwicklungsprozess durch eine Ursachenpolitik langfristig zur demographischen Stabilität zurück zu führen. Mit der seit drei Jahrzehnten praktizierten Strategie, die durch Tod ausscheidenden Generationen im gleichen oder sogar noch stärkeren Maße durch Einwanderungen zu ersetzen wie durch Geburten im Inland, lässt sich keine gesellschaftlich nachhaltige Entwicklung erreichen. Auch Einwanderer müssen zuerst geboren und ausgebildet werden, um in Deutschland Probleme lösen zu können – vorausgesetzt, sie finden Arbeitsplätze. Wie will man rechtfertigen, dass ein Land im Wettbewerb um die Besten den Nutzen aus der Erziehung und Ausbildung von Menschen beansprucht und die Kosten den Herkunftsländern überlässt?

Das Hauptproblem der demographischen Entwicklung ist die neue

Qualität des Verteilungsproblems mit einem dramatisch ansteigenden Verteilungsstress zwischen den sozialen Gruppen. Selbst wenn sich in Deutschland die Produktivität und das Pro-Kopf-Einkommen der Erwerbstätigen bis 2050 noch einmal verdoppeln, kann das Volkseinkommen wegen der bis dahin um 14 bis 16 Millionen schrumpfenden Zahl der 20-60jährigen nur um ein Drittel zunehmen. Dieser mäßig wachsende Kuchen muss zwischen vier großen Interessengruppen verteilt werden, wobei allein die stark wachsende Zahl der 60jährigen und älteren etwa vierzig Prozent des Volkseinkommens beanspruchen wird, wenn das Verhältnis der Durchschnittsrente zum Durchschnittseinkommen nicht noch weiter gesenkt wird.

Der demographisch bedingte Verteilungsstress ist das Kernproblem: Es gilt erstens den Interessengegensatz zwischen den alten und jungen Generationen bei der Verteilung der steigenden Versorgungslasten durch Reformen so zu regeln, dass die von der Verfassung garantierten Grundlagen des sozialen Rechtsstaats erhalten bleiben. Zweitens muss der demographische Interessenkonflikt zwischen den alten und neuen Bundesländern bewältigt werden. Die Ost-West-Wanderungen (und die Zuwanderungen aus dem Ausland) führen mittelfristig noch zu einem Bevölkerungswachstum einiger wirtschaftlich prosperierender Regionen im Westen auf Kosten der demographischen Substanz der neuen Bundesländer. Eine dritte Konfliktlinie entsteht durch die wachsende Population der Zugewanderten bei gleichzeitig schrumpfender autochthoner Bevölkerung, wobei die Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei den unter 40jährigen in vielen Großstädten in etwa 10 Jahren die neue Mehrheit bilden wird.

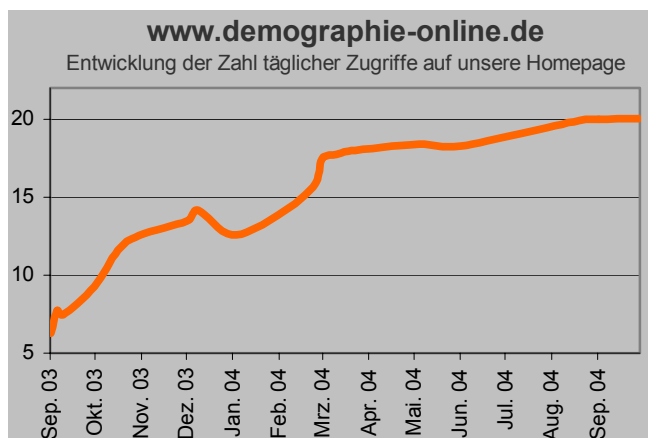
Schließlich ergibt sich ein vierter Konflikt aus dem Auseinanderdriften der Gesellschaft in zwei Populationen mit und ohne Nachkommen. Die beiden Parallelgesellschaften leben nach den Regeln der gleichen Verfassung, aber die Verfassung passt nicht auf beide, sie setzt voraus, dass beide neben dem finanziellen auch den viel wichtigeren „generativen Beitrag“ zur sozialen Sicherung (Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pflegeversicherung) in Form der Erziehung von künftigen Beitragszahlern leisten. Da bei den Deutschen ein Drittel der nach 1965 geborenen Jahrgänge zeitlebens kinderlos bleibt und nur den finanziellen Beitrag entrichtet (bei den Akademikerinnen ist der Prozentsatz höher), hat die Spaltung der Gesellschaft auch eine verfassungsrechtliche Dimension.

Über eine fünfte Konfliktlinie wird noch nicht diskutiert. Sie verläuft zwischen den alternden Industrieländern und einigen ebenfalls alternden, aber wirtschaftlich dynamischeren Entwicklungsländern, darunter vor allem China. Die kapitalgedeckte Versorgung im Alter und bei Krankheit ist auch für diese Länder der einzige Ausweg aus der Versorgungsfalle. Der Altenquotient Chinas ist heute noch wesentlich niedriger als in Deutschland, er wird sich jedoch bis 2050 fast vervierfachen und dann nicht viel niedriger sein als in Deutschland bzw. als in den USA. Die internationale Konkurrenz um die auch in China knappen, renditeträchtigen Kapitalanlagen wird sich verschärfen.

(Fortsetzung von Seite 13)

im Stützbereich (Bestimmtheitsmaß R-Quadrat größer/gleich 0,99), Stabilität bei Variation des Stützbereiches, einfache Handhabung (nicht mehr als drei Regressionskoeffizienten) und Plausibilität zu der letzten Allgemeinen Sterbetafel 1986/88 festgelegt. Damit wurde eine ähnliche Vorgehensweise wie schon zuvor in den Allgemeinen Sterbetafeln 1960/62, 1970/72 und 1986/88 gewählt, in denen die Sterbewahrscheinlichkeiten der hohen Altersstufen ebenfalls extrapoliert wurden.

Matthias Eisenmenger,  
Statistisches Bundesamt Wiesbaden



## Nie mehr nach Bethlehem

### Nächste Volkszählung voraussichtlich 2009 oder 2011

Dieser Beitrag erschien in der Augustausgabe vom Behörden Spiegel auf der Seite 4

**(BS/kö) Alle tun es, nur die Deutschen nicht. Jedenfalls ist es schon viele Jahre her, während fast alle Mitglieder der Europäischen Union - einschließlich der neuen Mitglieder - der Empfehlung aus Brüssel gefolgt sind. Nach Informationen des Behörden Spiegel wird Deutschland sich an der nächsten Volkszählungsrunde in der EU um das Jahr 2010 diesmal beteiligen. Als sehr wahrscheinlich gilt das Jahr 2011, nicht zuletzt weil nach derzeitigem Stand 2010 Bundestagswahlen stattfinden sollen. Das Bundesministerium des Innern bestätigt dies: "Rund um 2010, dieser Zeithorizont deckt sich mit dem, was hier diskutiert wird", so eine Sprecherin. Die letzten Volkszählungen fanden in Deutschland für die alten Bundesländer im Jahre 1987 und für die neuen Bundesländer im Jahre 1981 statt. Seither behilft man sich mit Fortschreibungen, die mit Stichproben und dem jährlichen Mikrozensus ergänzt, aber laufend ungenauer werden.**

Die endgültige Entscheidung wird von der Herbstkonferenz der Innenminister am 18./19. November in Lübeck erwartet. Ursprünglich hatte bereits die IMK Anfang Juli einen entsprechenden Beschluss fassen sollen. Dies scheiterte aber an Einwänden mehrerer Länder, darunter Rheinland-Pfalz und Berlin. Grund ist das vorgesehene Verfahren: Es wird keinen traditionellen Zensus mehr geben, bei dem Zähler von Haus zu Haus gehen. Vielmehr wird es sich um eine registergestützte Zählung handeln, um die konkrete Ausgestaltung des Verfahrens wird aber noch gerungen.

#### Noch offene Fragen

Der Bundestag beschloss 2001 das so genannte Zensus-Test-Gesetz, nach dem eine registergestützte Zählung erprobt werden sollte. Den entsprechenden Bericht des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Ämter der Länder über die Ergebnisse hat die IMK jetzt zur Kenntnis genommen und eine länderoffene Arbeitsgruppe unter Vorsitz des BMW beauftragt, bis zur Herbstsitzung 2004 einen weiteren Bericht vorzulegen, wie die Qualität der zu benutzenden Register verbessert werden kann. In Frage steht dabei auch, welche Möglichkeiten die beabsichtigte bundesweite Vernetzung aller Melderegister bietet, ob das mögliche Verfahren, ergänzende Stichproben nur in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern durchzuführen, rechtlichen Überprüfungen standhält und inwieweit Möglichkeiten der Ermittlung von Ergebnissen für kleinräumige Einheiten bestehen.

#### Stichproben ergänzen Registerzählung

Für den Zensus sollen nicht nur die Daten der Melderegister, sondern auch der Bundesagentur für Arbeit sowie anderer Verwaltungsregister - etwa der öffentlichen Arbeitgeber oder der Agrarstatistiken - verwendet werden, verbunden mit einer Gebäude- und Wohnungszählung bei den Eigentümern per Post. Ganz ohne "Primärerhebungen", also klassische Zählungen, wird man allerdings nicht auskommen. Problembereiche sind etwa Studentenwohnheime und größere Anstalten wie Pflegeheime und Krankenhäuser, weil dort eine sehr große Fluktuation herrscht. Der Zensus-Test hat ebenso ergeben, dass die Qualität der Melderegister - je nach Gemeindegröße - sehr unterschiedlich ist.

#### Vergleichbare Datenqualität

Insgesamt beträgt die statistische Abweichung von der Realität aber nur ein bis zwei Prozent. Auch die konventionelle Volkszählung 1987 hatte eine Unschärfequote von rund einem Prozent. Schlagend sind also die Kostenargumente: Der registergestützte Zensus wird deutlich preiswerter sein als die konventionelle Variante, etwa um den Faktor drei bis vier. Alle Bürger zu befragen,

ist nämlich teuer. So kostete die letzte traditionelle Zählung des Jahres 1987 im alten Bundesgebiet nahezu eine Milliarde DM, hochgerechnet auf den neuen Gebietsstand 1,3 Milliarden DM. Allein für die Durchführung wurden rund 500.000 Zähler gebraucht. Eine neue Zählung in dieser Form würde nach Einschätzung von Experten über eine Milliarde Euro kosten. Die Innenminister fürchten außerdem große "Akzeptanzprobleme" bei der Bevölkerung. Unklar ist noch der Umgang mit "Sonderwünschen" einiger Länder. So will Berlin auch für seine Bezirke noch Einzelergebnisse haben. Das würde Zusatzkosten verursachen. Früher hatte sich der Bund in erheblichem Umfang an Kosten von Volkszählungen beteiligt. Ihm reicht freilich ein Minimalprogramm, daher vertritt er bislang den Standpunkt, von Ländern gewünschte zusätzliche Erhebungen oder Fragen müssten sie selbst bezahlen.

#### Kostenverteilung umstritten

Ein weiteres Hindernis sind schließlich die enormen Unterschiede zwischen den deutschen Ländern. Die jeweilige Gemeindestruktur führt zu unterschiedlichen Interessen. Während etwa in Nordrhein-Westfalen gerade noch 55 Gemeinden unter 10.000 Einwohner haben, sind es in Rheinland-Pfalz über 2.000 (siehe Tabelle), und dort lebt auch das Gros der Bevölkerung. Bei Gemeinden über 10.000 Einwohnern ist der registergestützte Zensus kein großes

#### Gemeindegrößen in Deutschland

Bundesland Deutschland	Einwohner (in 1000)	Gemeindeanzahl mit Einwohnern	
		unter 10.000	über 10.000
Baden-Württemberg	10600,9	862	250
Bayern	12329,7	1832	269
Berlin	3388,4		1
Brandenburg	2593,0	1038	54
Bremen	659,7	-	2
Hamburg	1726,4	-	1
Hessen	6077,8	255	175
Mecklenburg-Vorpommern	1759,9	964	25
Niedersachsen	7956,4	845	203
Nordrhein-Westfalen	18052,1	55	341
Rheinland-Pfalz	4049,1	2260	46
Saarland	1066,5	12	40
Sachsen	4384,2	470	69
Sachsen-Anhalt	2580,6	1234	38
Schleswig-Holstein	2804,2	1078	54
Thüringen	2411,4	984	33
Deutschland	82440,3	11889	1601

Tabelle: Behörden Spiegel-Gruppe, Quelle: Destatis

### Kohl legte sich quer

(BS/kö) Die Vereinten Nationen empfehlen weltweit, alle zehn Jahre eine Volkszählung durchzuführen. Dem hat sich die EU angeschlossen, mit dem Zeitraum zuletzt um die Jahrtausendwende. Das ursprüngliche Vorhaben, eine entsprechende Richtlinie zu erlassen, wurde auf deutsche Intervention hin jedoch abgemildert - der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl legte persönlich Einspruch ein, der enorme Widerstand gegen die Zählung von 1987 war noch in guter Erinnerung. Nach herrschender Ansicht hat die EU auf diesem Gebiet auch keine Richtlinienkompetenz. Gleichwohl führten die EU-Mitglieder zwischen 1999 und 2002 einen Zensus durch. Außer Deutschland scherten lediglich Malta (letzter Zensus 1995) und Schweden aus der Reihe. Schweden plant eine rein registergestützte Zählung für den 31. Dezember 2005. In den anderen Staaten wurde überwiegend noch herkömmlich gezählt. Dänemark und Finnland gingen jedoch bereits zur Registerauswertung über, Belgien, die Niederlande, Österreich, Lettland und Slowenien kombinierten beide Verfahren. Auch die meisten anderen OECD-Staaten zählten um die Jahrtausendwende ihr Volk. Aus Deutschland wurden der EU Daten aus dem vorhandenen Bestand übermittelt.

Problem, kleine bewirken jedoch hohe statistische Unschärfen. Daher werden noch unterschiedliche Varianten für den Zensus geprüft, Rheinland-Pfalz fordert zusätzliche Stichproben. Einstweilen will das BMI zum konkreten Verfahren der Registernutzung denn auch noch keine Stellung nehmen: "Diese Frage ist noch offen", es gebe keine verbindlichen Festlegungen. Mit den Vorarbeiten für einen registergestützten Zensus muss allerdings, insbesondere wegen des Aufbaus der erforderlichen Erhebungsinfrastruktur, mindestens vier Jahre vor dem Zählungstichtag begonnen werden. "Der Zensus wird zu gegebener Zeit mit einer breit angelegten Öffentlichkeitsarbeit vorzubereiten sein", heißt es im Bericht der Statistiker.

**From: Secretary, Population Review**  
**To: [dgdmail@gmx.de](mailto:dgdmail@gmx.de)**

*A call for papers* is in effect at *Population Review*. *Population Review*, a peer-reviewed journal of demography and population studies, welcomes original articles on all aspects of human population problems, solutions, issues, trends and events as they relate to the developing countries of the world in Asia, Africa and Latin America. *Population Review* also accepts articles that examine population topics in the developed world, particularly as they relate to the developing world. Articles that are multidisciplinary in orientation (incorporating theoretical concepts and perspectives from anthropology, biology, ecology, economics, environmental science, epidemiology, geography, history, mass communications, medicine, political science, public health, psychology and sociology, among others) are highly desired.

*Population Review* publishes original articles from distinguished, internationally recognized scholars. On occasion articles from relatively unknown, often younger contributors are given space in the journal. In addition to featured articles, open editorials that focus on contemporary population-related issues and events worldwide are published along with brief research reports and announcements. Finally, space is given to book reviews.

<mailto:secretary@populationreview.com>

## Bevölkerungsentwicklung

Informationen zur  
politischen Bildung  
(Heft 282)

Während in weiten Teilen der Welt immer noch die Überbevölkerung Ressourcen aufzehrt, wirtschaftlichen Wohlstand verhindert und junge Menschen zur Existenzsicherung in die Emigration treibt, schrumpft in den wohlhabenden Staaten Europas die Bevölkerung.

Herwig Birg, weist in diesem Themenheft der Bundeszentrale für politische Bildung auf empirischer, zahlengestützter Grundlage und mit Hilfe von Vorausberechnungen nach, dass die Zahl der Menschen langfristig weltweit

zurückgehen wird. Eine gemeinsame Herausforderung für alle Länder ist auch die stetig steigende Alterung ihrer Gesellschaften. Vorreiter des Trends zu sinkenden Bevölkerungszahlen ist Deutschland, dem deshalb besondere Aufmerksamkeit gilt. Ursachen und Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs werden ausführlich dargelegt und in Vergleich zu den Trends in anderen Ländern gestellt.

Mit einer Auflage von 920.000 Exemplaren und dem Versand an alle 24.000 Schulen als Unterrichtsmaterial ist dies wohl eine der erfolgreichsten demographischen Publikationen der letzten Jahre.

### Zum Inhalt des Heftes

- Editorial
- Historische Entwicklung der Weltbevölkerung
- Ergebnisse international vergleichender Forschung
- Zur aktuellen Lage der Weltbevölkerung
- Geschichte der Bevölkerungs-Wissenschaft
- Soziale Auswirkungen der demographischen Entwicklung
- Internationale Bevölkerungspolitik
- Chancen und Perspektiven
- Glossar: Demographische Begriffe
- Literaturhinweise und Internetadressen
- Impressum

58 Seiten / Erscheinungsdatum: 1. Quartal 2004 / Erscheinungsort: Bonn / Bestellnummer: 4282 / Bereitstellungspauschale: 0,00 EUR

Dieses Heft kann unter  
**[www.bpb.de](http://www.bpb.de)**

oder unter der Adresse

**Franzis print & media GmbH**  
**Postfach 15 07 40, 80045 München**

**Fax: 089/ 5117-292 /**

**E-Mail: [infoservice@franzis-online.de](mailto:infoservice@franzis-online.de)**  
bestellt werden



Zur Diskussion gestellt \* Zur Diskussion gestellt \* Zur Diskussion gestellt \* Zur Diskussion gestellt

Seit einigen Monaten sorgt der FH-Professor Bosbach für Unruhe in der an demographischen Fragen interessierten Öffentlichkeit und für Verwunderung – bisweilen auch Verärgerung – unter den Demographen. Er bezeichnet die amtlichen Bevölkerungsvorausberechnungen als Kaffeesatzleserei und unterstellt, der Präsident des Statistischen Bundesamtes habe der Politik damit einen "politischen Hammer" zur Verfügung gestellt, um Sozialabbau durchzusetzen.

Bosbach selbst ist in seiner Argumentation nicht zimperlich. Er greift einige Ergebnisse der Vorausberechnung heraus und unterschlägt andere, er hält den langen Berechnungszeitraum für unseriös, hat aber keine Skrupel mit der Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den nächsten 50 Jahren zu argumentieren. Sein Rezept für die Zukunft ist der Blick in die Vergangenheit, denn bisher seien demographische Veränderungen immer gut gegangen.

Sehr gerne verweist Bosbach auf seine Berufserfahrung im Statistischen Bundesamt, um sich als Insider auszugeben. Tatsächlich war

**„Es wird doch alles gar nicht so schlimm!“  
sagt ein „Experte“**

er vor mehr als 10 Jahren nur knapp zwei Jahre in der Beratungsstelle des Amtes in Bonn beschäftigt. Er ist also keineswegs der bevölkerungsstatistische Fachmann

aus der amtlichen Statistik, für den er mittlerweile häufig ausgegeben wird.

Über Bosbach's Thesen wurde in den Medien erstaunlich intensiv berichtet, er fand sein Forum in der regionalen und überregionalen Presse, er diskutierte in Radiosendungen, war im Frühstücksfernsehen vertreten und fand Gehör in politischen Fernsehmagazinen. Den Anfang in der Berichterstattung machte am 23. Februar die Frankfurter Rundschau mit dem Artikel "Die modernen Kaffeesatzleser", auf den das Statistische Bundesamt ausführlich in einem Schreiben an die FR reagiert hat. Um die Mitglieder der DGD über die verschiedenen Positionen ausführlich zu informieren wird nachfolgend sowohl der FR-Artikel als auch die Stellungnahme von Johann Hahlen veröffentlicht.

Dr. Sabine Bechtold, DGD-Vorstand

## Demografische Entwicklung - kein Anlass zur Dramatik

*In der heutigen gesellschaftspolitischen Diskussion spielt der zukünftig zu erwartende demografische Wandel eine sehr große Rolle. Vor allem in den Bereichen Gesundheit und Rente wird vor den Folgen einer „Überalterung“ in Deutschland gewarnt. Anhand der im Juni 2003 veröffentlichten Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes für die Jahre bis 2050 weist der Autor nach, dass bei ganzheitlicher Betrachtung der Daten kein Anlass zur Dramatik besteht. Ausführungen über den Wert von Langfristprognosen runden die Kritik am herrschenden „Demografie-Pessimismus“ ab.*

In der politisch-ökonomischen Diskussion der letzten Monate spielte die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, veröffentlicht im Juni 2003, eine sehr große Rolle. Fast einem Naturgesetz gleich dient die zu erwartende demografische Entwicklung als Hauptargumentation für Veränderungen im Rentensystem, aber auch für Einschnitte im Gesundheitswesen.

Franz Müntefering (SPD), Sommer 2003:

*„Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit die drohende Überalterung unserer Gesellschaft verschlafen. Jetzt sind wir aufgewacht. Unsere Antwort heißt: Agenda 2010! Die Demografie macht den Umbau unserer Sozialsysteme zwingend notwendig.“*

Gerhard Schröder, Sommer 2003:

*„Und wir müssen anerkennen und aussprechen, dass die Altersentwicklung unserer Gesellschaft, wenn wir jetzt nichts ändern, schon zu unseren Lebzeiten dazu führen würde, dass unsere vorbildlichen Systeme der Gesundheitsversorgung und Alterssicherung nicht mehr bezahlbar wären.“<sup>1</sup>*

Während über die Konsequenzen hart diskutiert und gestritten wird, gelten die Berechnungen der Statistiker selbst als unumstritten und gleich einem Naturgesetz wird angenommen, dass alles genau so in 47 Jahren eintritt.<sup>2</sup>

Dass diese Prognosegläubigkeit unberechtigt ist und auch von den Fachleuten des Statistischen Bundesamtes gar nicht so gesehen wird, belegt dieser Aufsatz. Und selbst, wenn die Vorhersagen so eintreffen würden, haben sie bei weitem nicht die Dramatik, die uns in den letzten Monaten vorgeführt wurde. Auch dies belegt dieser Aufsatz, meist mit Fakten und Sichtweisen, die von den Fachleuten des Amtes in ihrer gut 50seitigen Presseveröffentlichung<sup>3</sup> dargestellt wurden.

Der Autor war von 1988 bis 1991 als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes überwiegend in der Bonner Beratungsstelle des Amtes tätig und hat dort das Wirtschafts- und Finanzministerium und die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages in Fragen der amtlichen Statistik beraten. Aufgrund einer Anfrage des Ex-Bundeskanzlers Helmut Schmidt hat er sich 1990 intensiv mit der Materie Bevölkerungsprognosen beschäftigt.

### Kurzdarstellung der wesentlichen Annahmen und Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Die wesentlichen Voraussetzungen und Modellannahmen für die Berechnungen sind:

- Bevölkerungsstand und -aufbau zum 31.12.2001
- Konstanz der Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern pro Frau bis 2050<sup>5</sup> (in den neuen Bundesländern erst ab 2011)
- Zunahme der Lebenserwartung  
Dazu wurden drei Varianten untersucht. Den meisten Veröffentlichungen, auch des Amtes liegt die mittlere Variante zugrunde. Danach wird die Lebenserwartung Neugeborener im Jahre 2050 rund 6 Jahre mehr betragen als heute (für Jungen 81,1 Jahre, für Mädchen 86,6 Jahre).
- Saldo zwischen Zu- und Abwanderungen von Ausländern nach bzw. aus Deutschland. Auch dort wurden drei Varianten berechnet, wovon die mittlere Variante mit einem jährlichen Wanderungsüberschuss nach Deutschland von 200.000 Personen Grundlage der meisten Publikationen ist.

Mit diesen und einigen wenigen, vergleichsweise unbedeutenden Annahmen<sup>5</sup> lässt sich der Bevölkerungsaufbau für alle Folgejahre berechnen. Schwerpunkt der öffentlichen Darstellung wurde auf das Jahresende 2050 gelegt, aber auch die Situationen an den Zwischenzeitpunkten 2010, 2020, 2030 und 2040 sind veröffentlicht.

„Die Alterung wird also nicht erst in 50 Jahren zu Problemen führen, sondern bereits in den nächsten beiden Jahrzehnten eine große Herausforderung für Wirtschaft, Gesellschaft sowie vor allem für die sozialen Sicherungssysteme darstellen. Diese Entwicklung ist vorgegeben und unausweichlich: ...“ So interpretierte der Präsident des Statistischen Bundesamtes Johann Hahlen die Ergebnisse anlässlich der Pressekonferenz zur Vorstellung der Modellrechnung am 6.6.2003.

Die Zahlen, auf die sich Hahlen stützt:

Auf 100 Menschen mittleren Alters (20-unter 60 Jahre) kommen	
Jahr	Ältere
2001	44
2050	78

Datenquelle:  
Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 ("mittlere" Variante), Statistisches Bundesamt – Presseexemplar vom 6.6.2003

Aber stimmt das wirklich? Drei gewichtige, unten aufgeführte statistisch-logische Argumente wecken starke Zweifel.

So ist auch in einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom Tage der Veröffentlichung der Berechnung zu lesen:

„Weil die Entwicklung der genannten Bestimmungsgrößen mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt 31.12.2001 immer unsicherer wird, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter. Sie sind für den jeweiligen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten keine Prognosen, sondern setzen die oben beschriebenen Annahmen um.“

Die Fachleute des Amtes wissen also nichts von der angeblichen Unausweichlichkeit der Entwicklung, wie sie der Jurist und politische Beamte Johann Hahlen – direkt dem Bundesministerium des Innern unterstellt, in dem er vorher 18 Jahre tätig war – der entsetzten Öffentlichkeit präsentiert.

Aber selbst wenn die Modellrechnungen Wirklichkeit würden, so zeigen vier Betrachtungen deutlich auf, dass die Folgen einer Alterung der Gesellschaft nicht zu Wohlstandsverlust führen müssen. Auch bei diesen Betrachtungen stützt sich der Autor dieses Aufsatzes überwiegend auf Fakten, die die Fachleute des Amtes am 6. Juni der Presse übergeben haben, von der Öffentlichkeit aber weitgehend unbemerkt.

Dass die Argumente statistischer Natur sind, sei der Profession des Autors geschuldet und ist auch beabsichtigt, um der behaupteten Unumstößlichkeit des statistischen „Naturgesetzes“ Demografie die Grundlage zu entziehen.

#### **Argument 1: 50 Jahres-Prognosen <sup>7</sup> sind moderne Kaffeesatzleserei**

Ein Blick um 50 Jahre zurück bestätigt obige These eindrucksvoll: Zwangsläufig hätte man 1950 bei einer Schätzung für das Jahr 2000 u.a. folgende Einflussfaktoren übersehen müssen:

- Entwicklung und Verbreitung der Antibabypille
- Anwerbung und Zuzug von ausländischen Arbeitskräften und ihren Familien
- Trend zur Kleinfamilie bzw. einem Single-Dasein
- Öffnung der Grenzen im Osten mit dem Zuzug von etwa 2,5 Millionen Aussiedlern aus den osteuropäischen Ländern nach Deutschland.

Da hätten auch die besten Berechnungsprogramme nichts genutzt, denn auch diese können nur existierende, bekannte Trends fortzuschreiben. Strukturbrüche sind halt nicht vorhersagbar. Das ist das Problem jeder Langfristprognose!

Noch schärfer wird die Betrachtung, wenn wir annehmen, im Jahre 1900 sei eine 50 Jahres-Prognose gewagt worden. Es wären schlicht zwei Weltkriege übersehen worden!

Wenn zutreffende 50 Jahres-Prognosen in der Vergangenheit unmöglich waren, warum sollen sie in unserer schnelllebigen Zeit

dann plötzlich wie ein Naturgesetz gelten?

Diese Einsicht teilen auch die Experten des Amtes (s. obiges Zitat), sie wird nur in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen.

#### **Argument 2: Die Modellannahmen sind durch die Politik beeinflussbar**

Politiker und Presse stellen die demografische Entwicklung als unveränderbar dar. Dabei sind zwei wichtige Annahmen des Berechnungsmodells direkt durch die Politik beeinflussbar:

1. Kinderanzahl pro Frau  
Mit familien- und kinderfreundlicher Politik, mit Berufschancen für Mütter lässt sich einiges machen. Das zeigt z.B. Frankreich, das mit entsprechender Politik die Anzahl der Kinder pro Frau von 1993 mit 1,65 im Jahr 2000 auf 1,88 (plus 14%) steigern konnte.
2. Wanderungsüberschuss  
Der Zuzug von Ausländern nach Deutschland ist ganz offensichtlich eine Frage der Ausländer-, Europa- und Integrationspolitik. So hängt der Zuzug von EU-Bürgern aus den neuen Beitrittsländern, vor allem nach der vollständigen Freizügigkeit für Arbeitnehmer, stark von der Attraktivität Deutschlands ab. Und allein die politische Entscheidung, die Türkei in die EU aufzunehmen, hätte immensen Einfluss auf den Bevölkerungsstand.

Zwei der drei wichtigen Stellschrauben des Rechen-Modells sind also von der Politik abhängig und nicht umgekehrt.

Auch die dritte wichtige Modellannahme, der Anstieg der Lebenserwartung um ca. 6 Jahre, ist alles andere als eine sichere Prognose. Nicht nur Pädiater sind angesichts von Adipositas (Fettleibigkeit) bei ca. 25 Prozent der Kinder, Bewegungsarmut, frühzeitigem Konsum von Alkohol, Nikotin und Drogen, oft schon in ihrer körperlichen Entwicklungsphase zwischen dem 11. und 14. Lebensjahr beginnend, unsicher, ob der Trend tatsächlich langfristig in diese Richtung geht.

#### **Argument 3: Zur „Lebensdauer“ und Trefferquote von Bevölkerungsvorausberechnungen**

Wegen der großen Unsicherheiten bei den Modellannahmen, sieht sich das Statistische Bundesamt meist schon nach kurzer Zeit gezwungen, neue Berechnungen vorzunehmen. Die „Lebensdauer“ der letzten 9 koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen betrug im Schnitt 4 Jahre. Beispielsweise sind die letzten drei „alten“ Berechnungen in den Jahren 1992, 1994 und 2000 veröffentlicht worden. Zusätzlich wurde im Jahre 1995 eine Rechnung im Auftrag des Bundesministeriums des Innern durchgeführt und 1996 vom BMI veröffentlicht.

Zwei Schlaglichter belegen die großen Unsicherheiten bei Bevölkerungsprognosen:

- Das Amt errechnete in seiner 7. Vorausberechnung für das Jahr 2030 einen Bevölkerungsstand von 69,9 Millionen Einwohnern. Nur zwei Jahre später in der 8. Vorausberechnung lag der Wert je nach Variante um 3,8 bis 11,2 Millionen höher!
- In seiner 10. Vorausberechnung sind 9 Varianten berechnet und veröffentlicht worden. Die Spannweite für die erwartete Bevölkerung für das Jahr 2050 ist von 67,0 (Variante 1) bis 81,3 Millionen (Variante 9), beträgt also 14,3 Millionen Menschen. (Für die meist zitierte mittlere Variante 5 wurden 75,1 Millionen Bundesbürger errechnet.)

Allein diese Fakten zeigen, dass die von vielen Politikern und leider auch von vielen Journalisten als sicher beschriebene Entwicklung im höchsten Grade unsicher ist!

**Vorbemerkung zu den nachfolgenden Argumenten oder Wenn doch alles so Wirklichkeit wird**

Trotz der oben geäußerten Unsicherheiten über die Entwicklung der Bevölkerung schließt der Autor natürlich nicht aus, dass die zukünftige Realität in der Nähe der Vorausberechnungen liegen kann. Dies hätte aber bei weitem nicht die dramatischen Auswirkungen, wie sie aller Orten wie ein Teufel an die Wand gemalt werden. Das zeigen die folgenden Überlegungen, anhand der Daten der Variante 5 der amtlichen Berechnung. Diese sogenannte mittlere der neun gerechneten Varianten liegt auch den meisten Veröffentlichungen des Amtes und der Presse zugrunde.<sup>8</sup>

Übrigens, die meisten der unten aufgeführten Überlegungen haben auch die Fachleute des Amtes durchgeführt und in ihrer ausführlichen Presseveröffentlichung dargestellt, z.T. leider etwas verschämt im Tabellenanhang.

**Argument 4**

**Auch die Jungen wollen ernährt werden!**

Bei so gut wie allen Betrachtungen zum Thema Demografie wird getan, als wenn die erwerbsfähige Bevölkerung (meist als 20- bis unter 60-Jährige angenommen) nur ihre Alten zu ernähren hätte. Dass Kinder und Jugendliche neben Essen, Kleidung und Wohnen – oft von den Eltern finanziert – auch gesellschaftliche Ausgaben erfordern, z.B. für Kindergärten, Schulen, Gesundheit, inkl. Personal, wird meist nicht beachtet. Bei seriösen Betrachtungen darf nicht nur der Altenquotient, sondern muss auch der Jugendquotient dargestellt werden. Die Summe beider, der sogenannte Gesamtquotient, ist eine aussagekräftige Größe über die von den Erwerbsfähigen zu versorgenden Menschen.

Aus der Veröffentlichung der Fachleute des Statistischen Bundesamtes (ebenda S. 42), die sich diesem Gedanken nicht verschließen, sind die folgenden Daten entnommen.

Auf 100 Menschen mittleren Alters (20-unter 60 Jahre) kommen			
Jahr	Ältere	Jüngere	Gesamt
2001	44	38	82
2050	78	34	112

Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 ("mittlere" Variante), Statistisches Bundesamt – Presseexemplar vom 6.6.2003

Während der Altenquotient um 77 Prozent steigt, ergibt sich für den Gesamtquotienten ein Plus von 37 Prozent. Die Dramatik hat sich allein bei Einbeziehung der jungen Generation in die Betrachtung schon halbiert.

Auch hier lohnt ein Blick in die Vergangenheit. 1970 gab es auf 100 Erwerbsfähige 60 Junge und 40 Ältere, also eine Gesamtzahl von 100. D.h. auch bei Eintreffen der Prognose des Statistischen Bundesamtes wächst die Zahl der zu Versorgenden bis 2050 nur um 12 Prozent gegenüber 1970!

**Argument 5**

**Sechs Jahre länger leben, keinen Tag länger arbeiten<sup>9</sup>**

Mit dieser zugegeben provozierenden Überschrift möchte ich auf eine merkwürdige Blickverengung der Dramatisierer hinweisen. Sie nehmen an, dass die Menschen deutlich länger leben, dass dadurch die Erwerbsfähigen überfordert sind, es also einen Arbeitskräftemangel gibt. Trotzdem gehen sie bei ihren Berechnungen von dem selben Renteneintrittsalter wie heute aus! Manche nehmen für heute und für 2050 dabei das offizielle Alter von 65, manche das tatsächliche durchschnittliche Renteneintrittsalter von 60

Jahren. Aber übereinstimmend nehmen sie für 2003 und 2050 das selbe Alter!

Auch hier unterscheiden sich die Fachleute des Bundesamtes wohlthuend. Sie berechnen auch die Entwicklung, wenn heute bis 60 und 2050 bis 65 Jahre gearbeitet wird (ebenda S. 42)

Auf 100 Menschen mittleren Alters (20-unter 60 Jahre) kommen				
Jahr	Ältere	Jüngere	Gesamt	Definition mittleren Alters
2001	44	38	82	20 –u. 60
2050	55	30	85	20 –u. 65

Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 ("mittlere" Variante), Statistisches Bundesamt

Die Zahlen der amtlichen Statistiker aus obiger Tabelle sprechen für sich!

Der Autor tritt damit nicht für eine generelle Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalters um 5 Jahre ein. Aber den heutigen, vielfach durch Arbeitslosigkeit oder ihre Androhung verursachten Zustand der Frühverrentung auf das Jahr 2050 bei längerer Lebenserwartung und angeblichem Arbeitskräftemangel fest zu schreiben, ist schlichtweg unseriös! Und auch wenn das tatsächliche Renteneintrittsalter nicht auf 65, sondern auf 63 Jahre ansteigt, ist bei dieser Gesamtbetrachtung jegliche Dramatik der demografischen Entwicklung verloren gegangen.

**Argument 6**

**Produktivitätsfortschritt erlaubt mehr Rentner**

Die heutige Diskussion ist von einer statischen Betrachtungsweise geprägt. Die Leistungsfähigkeit eines heutigen Beschäftigten wird auch für das Jahr 2050 unterstellt. Nur so kann ein Anstieg der Zahl der zu ernährenden Rentner bedrohlich wirken. Damit wird komplett ausgeblendet, dass aufgrund des technischen Fortschritts ein Arbeitnehmer immer mehr herstellen kann. Wie hoch die Arbeitsproduktivität steigt, kann niemand voraussagen. Die Werte der letzten Jahrzehnte zu unterstellen, wäre nicht seriös.

Um das Ausmaß von Produktivitätsentwicklung sichtbar machen zu können, beziehe ich mich im Folgenden auf die Prognosen der Herzog- und der Rürup-Kommission, rechne also weiterhin mit den niedrigen Zahlen der „Dramatisierer“.

Jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität	ergibt eine Gesamtsteigerung 2001 bis 2050
1,25% - Herzog Kommission	um 84 %
1,80% - Rürup Kommission	um 140%

Aufgrund dieser Leistungssteigerung von mindestens 84% bis 2050 ist jeder Beschäftigte, der seinen Anteil an der gestiegenen Produktivität auch erhält, in der Lage, etwas mehr für die Rentner und Kinder abzugeben, ohne selbst auf die Teilnahme am Fortschritt verzichten zu müssen. Eine Einschränkung, wie uns immer wieder eingeredet wird, ist wirklich nicht nötig.

Zusätzliche Leistungen sind erwirtschaftbar, wenn über den Abbau der Arbeitslosigkeit das Potenzial der Erwerbsfähigen genutzt würde. Diese Steigerung sind bei den Daten in Tabelle 4 nicht berücksichtigt.

Eine vereinfachte Übersichtsrechnung soll verdeutlichen, wie immens die Wirkung von Produktivitätssteigerungen ist:

Erhält heute ein Arbeitnehmer inkl. Sozialversicherungsanteil des Arbeitgebers 3000 Euro, so zahlt er etwa 600 Euro (20%) für Rentner. Es verbleiben ihm also 2400 Euro. Nach der niedrigeren Annahme der Produktivitätssteigerung um 1,25% (Herzog-Kommission) würden aus den 3000 Euro inflationsbereinigt 50 Jahre später 5583 €. Bei einer Steigerung des Abgabesatzes für Rentner auf 30% verblieben dem Arbeitnehmer immerhin noch satte 3908 € (plus 63%). Selbst bei einer völlig unrealistischen Verdoppelung des Beitrages auf 40% Rentenversicherung verblieben dem Arbeitnehmer mit 3350 € noch 40 Prozent mehr als heute. Von „unbezahlbar“ also gar keine Rede, wenn die Produktivitätssteigerungen auch anteilig an die Arbeitnehmer ausbezahlt werden.

Dabei ist noch nicht berücksichtigt:

- Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 60 Jahre,
- Einsparungen durch die ca. 30% weniger Kinder und Jugendliche,
- Abbau der Arbeitslosigkeit.

Und angenommen wurde nur die niedrigste der von den Fachleuten prognostizierten Produktivitätssteigerungen!

#### Argument 7

##### Auswahl des „worst case“

Bei genauer Datenbetrachtung der Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes fällt auf, dass mit 2050 für die Prognose die schlechteste 10-Jahres-Stufe ausgewählt wurde. Wären die Berechnungen bis 2060 geführt worden, wären die heute geburtenstarken Jahrgänge der 30- bis 40-Jährigen - 2050 noch in nennenswerter Zahl Rentner - überwiegend verstorben. Das Zahlenverhältnis würde sich wieder zu Gunsten der Erwerbsfähigen verändern. Und für 2040 zeigen die Zahlen des Statistischen Bundesamtes ebenfalls eine günstigere Situation als 2050.

War die Auswahl des Jahres mit der höchsten „Dramatik“ Zufall oder politisch beauftragt?

##### Zum Schluss ein paar ketzerische Fragen

Nach diesen harten statistischen Fakten, seien dem Autor zum Schluss einige Fragen gestattet:

- Warum wurden diese viel zu langfristigen Rechnungen durchgeführt und anschließend fast täglich dramatisch vorgeführt?
- Versucht diese Regierung tatsächlich bis zum Jahre 2050 zu planen? (Dies entspricht einer Planung Adenauers im Jahre 1956 für heute!)

Gucken wir dazu mal auf den Zusammenhang, in dem die „demografische Zeitbombe“ benutzt wird.

*„Diese Solidarität unter veränderten ökonomischen Bedingungen in einer globalisierten Welt, aber auch angesichts der veränderten demographischen Entwicklung zu gewährleisten ist unsere Aufgabe. Dass wir alle glücklicherweise immer älter werden und die Lebenserwartung steigt, auf der anderen Seite aber zu wenig Kinder geboren werden, ist die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts.“*

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

09.09.2003 Erste Lesung der Gesundheitsreform im Deutschen Bundestag. Rede von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt<sup>10</sup>

So oder ähnlich wird heute jedesmal argumentiert, wenn wegen aktueller Probleme in das Gesundheits- oder Rentensystem eingegriffen wird!

Dabei hat das Statistische Bundesamt die deutliche Auswirkung der Alterung erst für die Jahre nach 2020 berechnet. Bis 2010 steigt der Altenquotient so gut wie gar nicht, bis 2020 moderat.

Und damit zur letzten ketzerischen Frage:

Soll mit dem „Hammer“ Demografie von einem ganz anderen Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen abgelenkt werden? Will man die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer von der Teilhabe am Produktivitätsfortschritt langfristig abkoppeln? Dann wären die Arbeitnehmer tatsächlich nicht so leicht in der Lage, die Versorgung der Jungen und Älteren zu übernehmen.

Das hätte allerdings weniger mit den „unausweichlichen“ Folgen des Alterungsprozesses zu tun, sondern wäre eine bewusste, politische Entscheidung in Fragen der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums!

Quellen:

1. zitiert nach „Mythos Demografie“, Broschüre der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft, S. 1
2. Die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes gehen bis zum 31.12.2050
3. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Presseexemplar
4. Dies entspricht in etwa der Geburtenhäufigkeit in Westdeutschland in den letzten 25 Jahren.
5. Wanderungsverhalten der Deutschen, Details über Geschlechts- und Altersstruktur der Zuwanderer, Angleichung der Lebenserwartung in den neuen Bundesländern an das Niveau in Westdeutschland
6. [www.destatis.de/presse/pm2003/p2301022.htm](http://www.destatis.de/presse/pm2003/p2301022.htm)
7. Wegen der einfachen Lesbarkeit wird die Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes für 49 Jahre – Bevölkerungsstand Ende 2001 bis Ende 2050 – im folgenden oft als 50 Jahres-Prognose bezeichnet.
8. Mittlere Annahme über die Zunahme der Lebenserwartung um 6,3 Jahre bei Männern und 5,8 Jahre bei Frauen und mittlere Annahme über das Wanderungssaldo: plus 200.000/Jahr
9. Wegen der Verständlichkeit sind die, unter Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnungen dargestellten Zahlen der Veränderungen der Lebenserwartung eines Neugeborenen benutzt. Korrekt muss mit der Prognose für die Lebenserwartung der 60-Jährigen argumentiert werden: 2050 für Männer +4,5 Jahre gegenüber heute, bei Frauen +4,7 Jahre.
10. [www.bmgs.bund.de/deu/gra/aktuelles/reden/bmgs/index\\_3742.cfm](http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/aktuelles/reden/bmgs/index_3742.cfm)

Gerd Bosbach, Köln - Dezember 2003

#### Der Autor:

Prof. Dr. Gerd Bosbach lehrt Statistik, Mathematik und Empirik an der Fachhochschule Koblenz, Standort Remagen.

Geboren 1953 in Euskirchen, hat er im Bereich Statistik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln promoviert.

Berufserfahrung sammelte er u.a. bei dem Statistischen Bundesamt (1988 bis 1991), dort vor allem in der Bonner Beratungsstelle für Ministerien und Bundestag und in der Abteilung Statistik der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung.

Fragen und Anmerkungen bitte an

[bosbach@rheinahrcampus.de](mailto:bosbach@rheinahrcampus.de)

## Was sagt das Statistische Bundesamt zur Kritik von Bosbach an der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung?

Zu der kritischen Auseinandersetzung mit der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom Juni 2003 von Gerd Bosbach im Artikel "Die modernen Kaffeesatzleser" in der Frankfurter Rundschau vom 23. Februar 2004, die – etwas ausführlicher – auch im Internet-Angebot der Frankfurter Rundschau sowie in Ausgabe 2/04 der Gewerkschaftlichen Monatshefte unter der Überschrift "Demographische Entwicklung – kein Anlass zur Dramatik" erscheint, stellt der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, richtig:

1. Bosbach versucht mit einem Gemisch aus zutreffenden (z.B. Zugehörigkeit des Statistischen Bundesamtes zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern) und unzutreffenden (z.B. der Präsident des Statistischen Bundesamtes sei ein politischer Beamter) Hinweisen den Eindruck zu vermitteln, das Statistische Bundesamt und dessen Leitung informiere die Öffentlichkeit einseitig über die demographische Entwicklung in Deutschland, so dass letztere – angeblich fälschlich dramatisiert – als "Hammer" in der sozialpolitischen Diskussion missbraucht werden könne.

Demgegenüber ist festzuhalten: Das Statistische Bundesamt hat seine 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung aus eigener Initiative in völliger wissenschaftlich-fachlicher Unabhängigkeit erarbeitet. Die dabei zugrunde gelegten Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, zur Entwicklung der Lebenserwartung sowie zur Zuwanderung wurden mit den einschlägigen Fachleuten in Deutschland diskutiert. Das Amt hat die Ergebnisse seiner Vorausberechnungen vollständig sowie mit den gebotenen methodischen Erläuterungen im Juni 2003 veröffentlicht und in einer Pressekonferenz in Berlin am 6. Juni 2003 vorgestellt. Davon kann sich jedermann überzeugen, da die einschlägigen Texte im Internet ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)) zugänglich sind. Damit hat das Statistische Bundesamt seinen Auftrag zur objektiven, neutralen, wissenschaftlich fundierten Information erfüllt. Dass solche statistischen Informationen von der Öffentlichkeit beachtet werden und Eingang in politische Argumentationen finden, ist nicht neu, sondern vom Bundesverfassungsgericht vor 20 Jahren in seinem bekannten Volkszählungsurteil mit der Feststellung kommentiert worden: "Erst die Kenntnis der relevanten Daten ... schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage." (BVerfGE 65 S. 1, 47).

2. Bosbach behauptet, 50-Jahre-Prognosen seien – wegen nicht auszuschließenden Strukturbrüchen – "moderne Kaffeesatzleserei".

Demgegenüber übersieht Bosbach – bewusst oder unbewusst? –, dass das Statistische Bundesamt mitnichten Prognosen wagt, sondern – ausdrücklich – Modellrechnungen anstellt, welche bestimmte – ganz klar offengelegte – Annahmen (etwa zur Geburtenhäufigkeit) in die Zukunft fortschreiben. Solche Vorausberechnungen sind auf dem Gebiet der Bevölkerungsentwicklung international gebräuchlich und besonders aussagekräftig, weil hier – anders als etwa bei der Konjunktur-entwicklung – die maßgeblichen Faktoren überschaubar und deren Wirkungsmechanismen geklärt sowie – wenn man so will – "gesetzmäßig" sind. Z.B. würde sich eine jetzt wieder ansteigende Geburtenrate erst in etwa 20 Jahren am Arbeitsmarkt bemerkbar machen.

3. Bosbach weist daraufhin, dass Modellannahmen, etwa zur Geburtenhäufigkeit oder zur Größe des Wanderungssaldos, poli-

tisch beeinflussbar seien. Das trifft zu und wird in der 10. Bevölkerungsvorausberechnung ausdrücklich diskutiert.

Deshalb rechnet die 10. Bevölkerungsvorausberechnung – soweit auf Grund bisheriger Erfahrungen wahrscheinlich – z.B. mit unterschiedlich großen Zuwächsen an Lebenserwartung sowie unterschiedlichen Zuwanderungssalden. Die vom Statistischen Bundesamt berechneten Modelle beruhen auf Annahmen, die eine Bandbreite möglicher Entwicklungen abdecken. Es ist gerade eine Aufgabe von Vorausberechnungen, darauf hinzuweisen, was passiert, wenn sich nichts gegenüber dem derzeitigen Stand ändert. Davon abgesehen, wagt auch Bosbach keine Aussage, ob und wann etwa familienpolitische Maßnahmen greifen.

4. Bosbach schließt aus unterschiedlichen Ergebnissen früherer Bevölkerungsvorausberechnungen auf die Beliebigkeit der jüngsten 10. Berechnung.

Richtig ist, dass das Statistische Bundesamt bei seinen Bevölkerungsvorausberechnungen die diesen zu Grunde liegenden Annahmen immer wieder an aktuelle Entwicklungen angepasst hat, so dass sich zwangsläufig neue, von früheren abweichende Ergebnisse ergeben. Alle von Bosbach angesprochenen Vorausberechnungen zeigten die starke Alterung unserer Gesellschaft auf, auch wenn die Ergebnisse zur absoluten Bevölkerungszahl unterschiedlich ausfielen. Ein Vergleich der Vorausberechnung von 1980 mit dem tatsächlichen Bevölkerungsbestand von 1999 zeigt, dass die Altersstruktur über diese zwei Jahrzehnte richtig berechnet wurde.

5. Bosbach versucht, den von der Alterung ausgehenden Belastungseffekt durch Hinweis auf die – ebenfalls zu ernährenden – Kinder und Jugendlichen zu relativieren. Aber auch Junge und Alte zusammen genommen zeigen einen deutlichen Anstieg der Belastung der mittleren Generation, die für diese beiden Bevölkerungsgruppen "aufzukommen" hat. Der Gesamtquotient, die Summe aus dem Jugend- und dem Altenquotient – also die Zahl der Menschen unter 20 und ab 60 Jahren bezogen auf die der 20- bis 59-Jährigen – steigt von heute 82 – nach einer Periode ausgesprochen niedriger Belastung – auf 112 im Jahr 2050 an. Der Anteil des Jugendquotienten am Gesamtquotienten wird dabei von 46 % auf 30 % zurückgehen, der des Altenquotienten umgekehrt von 54 % auf 70 % des Gesamtquotienten ansteigen. Im übrigen ist es eine sozial- und wirtschaftspolitisch, nicht statistisch zu diskutierende Frage, ob die Gruppe der "Jungen" und die Gruppe der "Alten" die Bevölkerung im mittleren Alter gleich viel kosten.

6. Bosbach bezweifelt, ob es bei einer längeren Lebenserwartung bei dem bisherigen Alter für den Eintritt in den Ruhestand bleiben wird. Gerade weil solche Gedanken nicht fern liegen, rechnet die 10. Bevölkerungsvorausberechnung bei der Darstellung des Altenquotienten mit 3 verschiedenen Altersgrenzen, nämlich 60, 65 und 67 Jahren.

7. Bosbach meint, der fortdauernde Produktivitätsfortschritt erlaube mehr Rentner. Zu dieser sozialpolitischen Aussage ist aus der Sicht der – vom Statistischen Bundesamt verantworteten – Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen anzumerken: Dies gilt nur dann, wenn nicht nur die Arbeitsproduktivität, sondern auch die Produktion steigt, wenn also ein Wirtschaftswachstum in gleicher Höhe erzielt werden kann. Ist dies nicht der Fall, hat dies entweder ein Abkoppeln der Löhne von der Produktivitätssteigerung oder einen Rückgang des Angebots

an Arbeitsplätzen zur Folge.

8. Bosbach wirft dem Statistischen Bundesamt vor, mit dem Jahr 2050 den "worst case" in den Blick genommen zu haben. Auch das trifft nicht zu:

Die Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes erstrecken sich üblicherweise über 50 Jahre. Bereits die im Jahr 2000 veröffentlichte 9. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung umfasste den Zeitraum bis 2050; die 8. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung von 1994 reichte bis 2040. Die Vorausberechnungen werden für einen so langen Zeitraum durchgeführt, weil sich die demographischen Entwicklungen langfristig vollziehen. Im übrigen vollzieht sich die stärkste Zunahme der Alterung schon bis 2030

(Altenquotient 71 gegenüber heute 44). Demgegenüber erscheint die weitere Entwicklung bis zum noch weiter entfernten Jahr 2050 (Altenquotient 78) schon fast harmlos.

Insgesamt bleibt festzuhalten: Das Statistische Bundesamt führt seine Bevölkerungsvorausberechnungen unabhängig und ohne Beeinflussung von außen durch. Der Vorwurf der Instrumentalisierung durch die Politik wird mit Nachdruck zurückgewiesen. Es ist Aufgabe des Statistischen Bundesamtes, die Öffentlichkeit über die Lage und Entwicklung in Deutschland zu informieren – auch auf demographischem Gebiet. Ein Zurückhalten von Erkenntnissen wegen der Gefahr missbräuchlicher Auslegung, wie sie Gerd Bosbach – zu Unrecht – beklagt, würde diesem Auftrag nicht gerecht.

*Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, den 26.02.2004*

## Bevölkerungszahl im Jahr 2003 praktisch unverändert



WIESBADEN – Wie das Statistische Bundesamt anhand vorläufiger Ergebnisse mitteilt, hatte Deutschland am 31. Dezember 2003 82 532 000 Einwohner, 5 000 weniger als Ende 2002 (82 537 000). 2002 war die Bevölkerungszahl gegenüber dem Vorjahr noch um 96 000 Personen (+ 0,1%) und 2001 um 181 000 (+ 0,2%) gestiegen.

Der geringe Bevölkerungsrückgang im Jahr 2003 ist darauf zurückzuführen, dass das Defizit der Geburten gegenüber den Sterbefällen von 147 000 (2002: 122 000) durch den Zuwanderungsüberschuss von 143 000 Personen (2002: 219 000) nicht mehr ausgeglichen wurde. Letztmals war die Bevölkerung 1998 geringfügig zurückgegangen (– 20 000). Auch damals war das Geburtendefizit größer als der Zuwanderungsüberschuss gewesen.

Von 1991 bis 2003 gab es in Deutschland in jedem Jahr mehr Sterbefälle als Geburten. In diesem Zeitraum war der Sterbefallüberschuss 1997 mit 48 000 am niedrigsten, im letzten Jahr wies er mit 147 000 den seit der Wiedervereinigung höchsten Stand auf.

Der Zuwanderungsüberschuss im Jahr 2003 ergab sich vor allem aus der Entwicklung der Wanderungen von ausländischen Personen über die Grenzen Deutschlands. 2003 sind mit 602 000 Ausländerinnen und Ausländern 57 000 nichtdeutsche Personen oder 9% weniger nach Deutschland zugezogen als 2002 (658 000). Darunter hat mit einem Rückgang um 29% von 71 000 auf 51 000 in 2003 die Zahl der nach Deutschland eingereisten Asylsuchenden besonders stark abgenommen. Demgegenüber zogen mit 499 000 fast genau so viele ausländische Personen fort wie im Jahr 2002 (505 000). Insgesamt sind damit auch 2003 wieder mehr Ausländerinnen und Ausländer nach Deutschland zu- als weggezogen (103 000). Der Zuwanderungsüberschuss von ausländischen Personen war gegenüber dem Vorjahr jedoch um ein Drittel geringer (2002: 153 000).

Auch die Zuzüge von Deutschen nach Deutschland gingen mit 167 000 im Jahr 2003 zurück (2002: 184 000). Darunter waren im letzten Jahr 62 000 Deutsche mit Spätaussiedlerstatus einschließlich deren Ehegatten und Kinder, 21% weniger als 2002 (79 000). Im Jahr 2003 zogen 127 000 Deutsche aus Deutschland fort (2002: 118 000). Der Zuwanderungsüberschuss von Deutschen war 2003 mit 40 000 Personen um 40% niedriger als 2002 (67 000).

Die Bevölkerungsentwicklung in den 16 Bundesländern war tendenziell wie in den früheren Jahren: In den neuen Ländern war die Bevölkerungszahl durchgängig rückläufig und nahm insgesamt um 0,7% ab. In den übrigen Bundesländern nahm sie – mit Ausnahme Berlins, Hessens und des Saarlandes – zu. Das Plus im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) betrug insgesamt 0,1%.

Tabellen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 2003

(Excel- bzw. PDF-Dateien) können im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter [http://www.destatis.de/themen/d/thm\\_bevoelk.htm](http://www.destatis.de/themen/d/thm_bevoelk.htm) kostenlos heruntergeladen werden.

Weitere Auskünfte gibt: Hermann Voit, Telefon: (0611) 75-2116, E-Mail: [Hermann.Voit@destatis.de](mailto:Hermann.Voit@destatis.de)

*Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 2. Juli 2004*

## Zahl der Ehescheidungen steigt auf fast 214 000 im Jahr 2003



WIESBADEN – Die Zahl der Ehescheidungen hat im Jahr 2003 erneut zugenommen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, wurden fast 214 000 Ehen geschieden, das waren 4,8% mehr als 2002. Das heißt, dass im Jahr 2003 von 1 000 bestehenden Ehen elf geschieden wurden. Seit 1993 ist die Zahl der Ehescheidungen mit Ausnahme des Jahres 1999 beständig angestiegen und hat im Jahr 2003 einen neuen Höchststand erreicht. Anfang der 90er Jahre waren vorübergehend deutlich weniger Ehen geschieden worden. Diese zeitweilige Abnahme war auf einen starken Rückgang der Ehescheidungen in den neuen Ländern zurückzuführen. Dort war mit der Wiedervereinigung das bundesdeutsche Scheidungsrecht mit seinen Vorgaben bestimmter Fristen und finanziellen Folgen eingeführt worden und ein Umbruch der sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse eingetreten.

Von den im Jahr 2003 geschiedenen Ehepaaren hatte die Hälfte Kinder unter 18 Jahren. Gegenüber 2002 hat sich die Zahl der von der Scheidung ihrer Eltern betroffenen minderjährigen Kinder um 6,3% erhöht, von 160 100 auf 170 260.

### Geschiedene Ehen und Zahl der betroffenen Kinder Deutschland

Jahr	Insgesamt	darunter geschiedene Ehen mit minderjährigen Kindern		Betroffene minderjährige Kinder
		Anzahl	Je 100 geschiedene Ehen	
1985	179 364	103 210	57,5	148 424
1990	154 786	80 713	52,1	118 340
1995	169 425	92 664	54,7	142 292
2000	194 408	94 850	48,8	148 192
2003	213 975	107 888	50,4	170 256

Weitere Auskünfte gibt: Dieter Emmerling, Telefon: (0611) 75-2861, E-Mail: [dieter.emmerling@destatis.de](mailto:dieter.emmerling@destatis.de)

*Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 13.8.2004*

## Einbürgerungen 2003 rückläufig



WIESBADEN – Rund 140 700 Ausländerinnen und Ausländer wurden in Deutschland im Verlauf des Jahres 2003 eingebürgert. Das waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes etwa 13 800 (– 8,9%) Einbürgerungen weniger als im Vorjahr. Mit der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 hatten die Einbürgerungen den Höchststand von knapp 186 700 Personen erreicht. In den Folgejahren 2001 und 2002 nahm ihre Zahl jeweils (auf 178 100 bzw. 154 500) ab. Der Rückgang im Jahr 2003 fiel allerdings geringer aus als in 2002 (– 13,2% gegenüber 2001).

Von allen Eingebürgerten des Jahres 2003 erwarben rund 86 300 (61%) die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grundlage des § 85 Abs. 1 Ausländergesetz, gut 800 (+ 1%) mehr als 2002. Rechtliche Voraussetzung zur Einbürgerung ist in diesen Fällen ein mindestens achtjähriger rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland sowie eine gültige Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung. Erst kürzere Zeit in Deutschland lebende ausländische Ehegatten und minderjährige Kinder dieser Personen können mit eingebürgert werden (§ 85 Abs. 2 Ausländergesetz): Die Zahl solcher Einbürgerungen fiel gegenüber dem Vorjahr von fast 27 100 auf rund 25 100 (– 7%).

Deutlich zugenommen haben dagegen Einbürgerungen von im Ausland lebenden früheren deutschen Staatsangehörigen und deren Nachkommen, die zwischen 1933 und 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen bekamen (§ 116, Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz): Sie stiegen von knapp 2 100 auf etwa 3 700 (+ 77%).

Die größte Gruppe der Eingebürgerten stellte 2003 – wie schon in den letzten Jahren – die Türkei. Ihr Anteil an allen Einbürgerungen war mit 40% deutlich höher als der Anteil der türkischen Staatsangehörigen an allen in Deutschland lebenden ausländischen Personen (26%). An zweiter und dritter Stelle folgten Einbürgerungen von Personen aus dem Iran (rund 9 400) und aus Serbien und Montenegro (rund 5 100).

Im Vorjahresvergleich haben Einbürgerungen von Personen aus dem Irak (+ 74,3%) besonders stark zugenommen, gefolgt von Israel (+ 63,5%) und Kasachstan (+ 48,5%), während die Rückgänge bei Serbien und Montenegro (– 39,1%), dem Iran (– 27,5%) und der Russischen Föderation (– 26,0%) am höchsten waren.

### Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern 2000 bis 2003

Jahr	Einbürgerungen von Ausländern/-innen	
	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
2000 *)	186 688	–
2001	178 098	– 4,6
2002	154 547	– 13,2
2003	140 731	– 8,9

\*) Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts

Weitere Auskünfte gibt: Elle Krack-Roberg,  
Telefon: (0611) 75-2046, E-Mail: elle.krack-roberg@destatis.de  
Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 24.5.2004

## Termine

### Nationale Veranstaltungen

22.10.04	Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Katastrophe oder Chance? - Die demographische Entwicklung zwischen Hysterie, Instrumentalisierung und gesellschaftlicher Umgestaltung“, im rheinland-pfälzischen Landtag in Mainz
5.11.2004	Migration in Europa, Herbsttagung des Arbeitskreises "Migration - Integration - Minderheiten" der DGD in Kooperation mit dem europäischen forum für migrationsstudien (efms), in Wiesbaden
4.11.- 5.11.2004	Herbstsitzung des Arbeitskreises „Bevölkerungswissenschaftliche Methoden“ zum Thema „Demographische Alterung – gestern, heute, morgen“ in Bensheim
16.3.- 18.3.2005	„Wege zu einer erfolgreichen Familien- und Bevölkerungspolitik“ Jahrestagung der DGD in Potsdam

### Internationale Veranstaltungen

25.11.- 27.11.2004	„International Migration in Europe: New Trends, new methods of analysis“, 2nd Conference of the EAPS Working Group on International Migration in Europe, Institute for Research on Population and Social Policies Rome, Italy
27.9.- 29.9.2004	„Demography and Population: the new challenges“ II. Portuguese Congress of Demography, in Fundação Calouste Gulbenkian, Lisbon, Portugal

Detaillierte Informationen zu diesen Terminen finden Sie unter:  
[www.demographie-online.de](http://www.demographie-online.de)

## IMPRESSUM

Die Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V. (DGD) erscheinen im unregelmäßigen Abstand, ein- bis zweimal jährlich. An die Mitglieder der DGD werden sie kostenlos per eMail, auf Wunsch auch per Post versandt.

### Herausgeber:

Deutsche Gesellschaft für Demographie e. V.

### Bankverbindung:

Deutsche Bank 24, BLZ: 13070024, Konto-Nr.: 1230077

### Redaktion und Layout:

Dr. Matthias Förster, Dr. Steffen Maretzke  
eMail: DGDmail@gmx.de

Die Redaktion freut sich über Ihre Beiträge, über Informationen zu zurückliegenden oder künftigen Veranstaltungen u.a., behält sich aber ihre redaktionelle Unabhängigkeit vor.

Beiträge für die Mitteilungen können direkt an die Redaktion:

**Dr. Matthias Förster**, Waldhöhe 7, 15834 Rangsdorf  
Tel (dtl.): 0331/2891 253/52

**Dr. Steffen Maretzke**, Landgrabenweg 5, 53343 Wachtberg  
Tel (dtl.): 01888 4012 326

gesandt werden, möglichst als WORD- oder ASCII-Datei.  
Die Beiträge liegen in der alleinigen Verantwortung der Autoren.